

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis pro Jahr 1.20 Mk.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verleger: H. B. B. Lübeck.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) um neun Uhr des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Alsterstraße Nr. 50/51, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 30 Pf., monatlich 10 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4000a, letzter Haupttrag.

Die Anzeigenpreise betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 10 Pf., für die halbjährliche 20 Pf., für die jährliche 40 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, spätere noch vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Donnerstag, den 5. April 1906.

13. Jahrg.

Organ einer Bewegung.

Zur Ausperrung der Maler.

Wachem bis zum 15. Oktober 1906 der Tarif von den Gewerkschaften gebilligt wurde, sondern verschiedene Abteilungen des Gesellschaftsverbandes mit den Meistern statt. Dieselben führten zu keinem Resultat. Die Meister wollen die Einführung eines Klassenlohns; die Gewerkschaft bekämpft denselben, da sie genau weiß, daß einige Meister dieses ausnützen können. Die Gewerkschaft verlangt nicht auch unter den höchsten Meistern schon jetzt in höchsten Maße, und ist der Klassenlohn auch das letzte Mittel, um dieselben zu bestrafen. Die Meister wollen hoch für die Maler, die unter der Klassenlohn energisch bekämpfen. Die jungen Maler, die noch in der Regel nur für sich selber zu sorgen haben, können weiter beschäftigt werden und die Gewerkschaften mit dem nicht nur im Winter, sondern auch zum Teil im Sommer arbeitslos sein. Es ist also den Gewerkschaften die Einführung des Klassenlohns zu bevorzugen, wenn sie sich gegen die Einführung des Klassenlohns strücken. Auf dem 12. Gegenstande der Verhandlungen der Meister so gelang, wie man in aus dem Beginn der Verhandlungen sehen kann. Dagegen war bis her eine einseitige Lohn von 52 Pf. hatten, wollten die Meister der Maler den jungen Malern (bis 21 Jahren) 2 Pf. abgeben. Die Maler wollten 2 Pf. abgeben. Nachdem die Meister sich bei den Verhandlungen überzeugen, daß die Gewerkschaft niemals in eine Lohnabstufung einwilligen würde, erklärten sie sich bereit, den jungen Malern den früheren Lohn weiter zu zahlen. Auch wurde die Tarifdauer auf 2 1/2 Jahre, allerdings auf Veranlassung von anderer Seite zurückgeführt. Dieses Angebot wurde in einer Versammlung in reiflicher Überlegung einstimmig von der Gewerkschaft abgelehnt. Die letzten Forderungen der Gewerkschaft lautet: vom 1. April 1906 bis 31. Dezember 1906 54 Pf., für alle Gewerkschaften vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1908 58 Pf., und die 9stündige Arbeitszeit. Wenn die Meister ein klein wenig mehr Entgegenkommen gezeigt und vor allen Dingen vom Klassenlohn abgesehen hätten, ohne welchen wir doch auch in all den Jahren fertig geworden sind, wäre die Einigung gewiß zu Stande gekommen. Aber die Meister haben schon längst gewußt was sie wollten, als wir noch lebten, alles im Leben zu scheitern fürten wir oft von der Kunstschaff: „Die Maler wollen streiken.“ Am Sonnabend wurde nun nicht allen Kollegen von ihrem Meister befehle, am Montag mit Arbeitszeug und Geld die Werkstätte zu kommen. Hier wurde nun ein Antrag gemacht, der das Angebot der Meister unterzeichnete, diese nicht unterschreiben, sich erklären. Von unseren Kollegen sind zwei, Groß und Hoff, die Meister, auf diesen Vorschlag eingegangen. Mit Ernst und Schick, die sich schon im voraus verpflichtet, bei einem anderen Meister zu arbeiten, sind es selber vier Kollegen, die ihrer Organisation treu wurden. Alle anderen haben dieses Ansuchen abgelehnt. Zum Verhandeln ist der Gesellschaftsverband da, und ist dieser natürlich jederzeit zum weiteren Verhandeln bereit. Ausgesprochen sind 104 Kollegen; von unseren Mitgliedern wurden 51 Kollegen von der Ausperrung nicht betroffen. Von den Ausgesperrten sind bis jetzt schon 19 auswärts untergebracht. Am 29. März erhielt die Zeitung von der Gewerkschaft folgendes Schreiben, auf welches dann die Ausperrung erfolgte.

Am die Zwangsinnung der Maler zu Lübeck.

z. B. des 1. Obermeisters Herrn Köpcke. Hier in der am 22. März 1906 stattgefundenen Versammlung ist Ihr Schreiben vom 20. März 1906 der Gesellschaft vorgelegt, woraus abgesehen wurde mit 92 gegen 9 Stimmen in geheimer Abstimmung abgelehnt. Die Gewerkschaft wünscht, daß die Forderung betreffend Lohn und Arbeitstakt etwas mehr Entgegenkommen zeigt, um auf Grundlage der von der Gewerkschaft aufgestellten Forderungen den Lohn- und Arbeitstakt zum 1. April 1906 zum Abschluß zu bringen. Zu Verhandlungen ist der Gesellschaftsverband jederzeit bereit.

Achtungsvoll

Die Gewerkschaft

J. A. W. Mehlis, Abgeordneter.

Kann man unsere Leser urteilen, ob die Maler geblieben den Kampf wollten und wie das „größtmögliche“ Entgegenkommen, von dem die Meister in ihren Inseraten erzählen, in Wirklichkeit aussieht.

Politische Mundstücke.

Deutschland.

Die Durchperrung der preussischen Wahlgesetzgebellen Welches Ansehens sich das preussische Dreiklassenparlament erfreut, das lehrte am Montag ein Bild auf das Publikum referierten Tribünen. Wenn in legend einer anderen gesetzgebenden Körperschaft eine

Wahlrechtsdebatte zu erwarten ist, dann stehen sich die Parteien förmlich am Statustraten. Was in der Partei passiert, das ist ein Leben und Wachen, halten sie tagelangen, um den besten Worten der „Volksvertreter“ zu lauschen, und auch von diesen zog es der größte Teil bald vor, im nahen Morgen den schönen Frühlingstag zu genießen.

Wir können es wahrlich nicht anders werden, wenn er darauf verzichtet, immer und immer wieder das Gleiche zu hören. All das, was in der ersten Sitzung gesagt wurde, ist der Kommission übertragen ist, und wird noch einmal durchgelesen. Die Stellung der verschiedenen Parteien ist klar: Die linken Sozialdemokraten haben offene Gegner der Klassenwahl, die rechten und mittleren Sozialdemokraten sind für die Klassenwahl, und machen daraus auch daraus kein Geheimnis. Die Nationalliberalen erkennen die Möglichkeit der Klassenwahl, wollen aber von der Einführung des Klassenwahlrechts für die gewählten Abgeordneten die Rechte der Einzelstaaten nicht wissen und fordern die Befreiung der Parteien, das haben die Sozialdemokraten und die Parteien, die die Klassenwahl befürworten, auf dem Boden der Demokratie, Gleichheit, Freiheit und geheimes Wahlrecht auch für die politischen Landtage zu sein, aber sie trauen sich nicht über den Weg. Der Redner des Zentrum wies an der Hand des Allen des Landtags nach, daß im Jahre 1873, als der Liberalismus den Landtag beherrschte, ein Antrag auf Einführung des Klassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht nicht von dem Reichstag in einer Kommission gründet, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, die Freiwähler dagegen können mit Recht den Herren vom Zentrum den Vorwurf machen, daß sie jetzt von einer gerechteren Einsetzung der Wahlweise nicht wissen und daß sie durch ihre Zustimmung zu dem zur Beratung stehenden Entwurf zur Vereinfachung des Klassenwahlrechts beitragen.

In diesem Sinne bewegten sich die Reden der verschiedenen Fraktionenvertreter. Eine eigentümliche „Wahlrechtsdebatte“ kann man die Einführung auch bei den bescheidensten Anforderungen nicht nennen. Die Ausführenden der Tages, Reich, Kronsa, Bismarck, J. Marx, a. stehen in den inneren Schritten. Da stehen die Debatte, die kürzlich im Reichstags tag stattfanden, doch kaummal höher, und das, trotzdem — oder anderer Ansicht nach gerade wegen der Zusammenfassung des Reichstages.

Das Resultat der Verhandlungen stand von vornherein fest. Das Zentrum der Regierung wurde mit großer Mehrheit angenommen, alle Resolutionen, wozu sie nur eine oder zwei Wohlmeinende, mochten sie die Einführung des Klassenwahlrechts oder eines Wahlrechts verlangen, wurden abgelehnt. Ja, sogar gegen die geheime Abstimmung für die Wahlmännerwahlen erklärte sich das Dreiklassenparlament.

Was der Reichstag am Montag ist dabei, daß ein Teil des Zentrum nicht für die Anträge stimmte, sondern mit den sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern ging. Was werden die katholischen Arbeiter dazu sagen die im Zentrum noch die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht erheben? Dürfen ihnen die Bestimmungen ungekräftet alles bleiben? Unseren Parteigenossen in den Zentrumskreisen erwacht die Aufgabe, den katholischen Arbeitern diesen Vorwurf bekannt zu geben, wenn ihn die Zentrumspartei verteidigen sollte!

Dann wird die Debatte mindestens einen Erfolg zeitigen; sie wird einen weiten Kreis des Volkes darüber aufklären, daß die Formen von dem Reichstagsparlament nicht zu erwarten sind, daß sie die Arbeiterklasse zu einer kräftigen Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht anspornen wird. Die Herren im Dreiklassenparlament wollen den Kampf; wir sind gerüstet, und auf die Dauer wird dies „Parlament“ dem Ansehen der Massen nicht Widerstand leisten können. Wenn auch wider Willen, haben die „Volksvertreter“ Preussens eine Aufklärungsbewegung vollbracht, deren Früchte das Dreiklassenparlament erleben wird.

Die dritte Lesung fand bereits am gestrigen Dienstag statt. Sie zeitigte nichts Neues.

Wilhelm II. hat in Warnigerode eine lange Rede über religiöse Fragen gehalten, in der er „die frische Wirklichkeit der irdischen Nächstenliebe“ feierte und Christus „die präziseste Persönlichkeit, die je die Erde getragen hat“, nannte; er, schloß mit den Worten:

„Bescheiden sollen wir alle sein, das heißt, wir sollen wirken, solange wir Atem schöpfen, wohnen und betätigen an uns das Beispiel Christi in werththätiger Nächstenliebe auf allen Gebieten. Das wolle Gott.“

Wenn nur die von der Regierung betriebene Politik der Rassenempörung durch Brot und Fleischölle, der Entrechtung des Proletariats, der feindlichen Rätegebeten nicht in einem gar so hohen Gegensatz stände zu dem von Wilhelm II. hier wieder einmal proklamirten Grundsatz der Betätigung „werththätiger Nächstenliebe“!

Aus der Kommission zur Eröffnung des Gültigkeitsgesetzes. Die Kommission zur Beratung des Gesetzes über die Gültigkeitsklassen trat Montag um 9 Uhr vor-mittags in die zweite Beratung ein. § 1. über die Aufhebung des Gültigkeitsgesetzes vorschreibt, wurde bis zur Entscheidung der übrigen Paragraphen aufgeschoben. § 2. schreibt die Aufhebung des Gesetzes des § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften vor, der die rechtsgeschäftlichen Gültigkeitsklassen von der Unterstellung unter das Gesetz über die privaten Versicherungsgesellschaften ausnimmt. Unsere Gemessen Herzog, Magister und Stadthalter wandten sich gegen diese Entscheidung. Wenn aber die Entscheidung erfolge, so sei es nicht mehr als recht und billig, daß auch die übrigen in § 122 aufgeführten Maßnahmen fallen, deren Durchführung von ihnen ebenfalls beantragt wurde. Das hat zunächst die auf Grund der rechtlichen Vorschriften ermittelten Gültigkeitsklassen, die auch wieder die rechtsgeschäftlichen zu Sammelmaßnahmen angebraucht werden können und angebraucht sind. Die früheren Bestimmungen betreffen die Unterstellung von Familien und Familienverbänden, deren Minderjährige von Arbeitern mit Recht vielfach befreit wird und endlich die auf Grund der rechtlichen Vorschriften ermittelten Knappheitsklassen. Die Maßnahme dieser Knappheitsklassen ist so fühlbar, daß selbst das preussische Dreiklassenparlament am 1. April, von dem durch die Reihe von Bestimmungen, § 2 durch den Ausschluß der geheimes Wahl, die Lage der Bergarbeiter gegenüber der anderen Arbeiter zu verschlechtern, so sei es dringend erforderlich, endlich eine rechtsgeschäftliche Regelung des Knappheitsgesetzes einführen. Wegen der Regierung an dem vorliegenden Gesetz so sei es angebracht, diese Gelegenheit wahrzunehmen. Damit sei den Bergarbeitern nicht geholfen, daß das Zentrum bei anderer Gelegenheit rechtsgeschäftliche Regelung der Knappheitsklassen fordere, die vorhandene Gleichheit, das Wort in die Tat umzusetzen, aber unbenutzt lasse. Die Kommission (einschließlich der Zentrumsabgeordneten Trimborn und Wiesbert) lehnte gegen die sozialdemokratischen Stimmen deren zu § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften eingebrachten Anträge ab und stimmte dem § 2 der Vorlage zu. Es beantragten nun die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, wenigstens die beruflichen Zusatze zu streichen von der Unterstellung unter das Gesetz über private Versicherungsgesellschaften zu befreien. Zwar unterliegen die Versicherungsgesellschaften dem Privatnachsichtamt nicht, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen. Aber es hat die Praxis, beispielsweise rüchschlich bei Tabakarbeiterverbänden, diese Ausnahme wiederholt einzuwenden gesucht. Zusatze sind ein der wirklichen Lebensbedingungen von Schwindelfreier, sie unterliegen heute der im allgemeinen loyal geführten Aufsicht des Privatnachsichtamts. Notwendig erscheint es aber die Befreiung auf einen hohen Reichshohen zu stellen, der sie vor etwaiger behördlicher Willkür schützt. Der von unseren Gemessen in der Kommission erstellte Antrag verlangt, daß Berufsvereine, Gewerkschaften, Gewerksvereine, Stellenvereine und ähnliche Personenvereinigungen, die ihren Mitgliedern gegen Zahlung von Beiträgen politische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle, Svalabereiten oder Waisen- und Wasserunterstützungen, Sterbegelder, Arbeitslosenunterstützungen usw. zu gewähren, liefern sie den Vorschriften über Gesellschaftsverträge unterliegen, von den Bestimmungen des Gesetzes über private Versicherungsgesellschaften befreit sein sollen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Diätenvorlage soll dem Reichstag erst nach Ostern zugehen. Es verläutet, daß den Abgeordneten ein Pauschquantum von 3000 Mk. bewilligt werden soll. Als Dauer der Session sind 150 Tage angenommen. Für jeden Tag der Abwesenheit sollen 30 Mk. in Abzug gebracht werden. Die Vorlage hat den Bundesrat schon passiert, soll aber dem Reichstags erst zugehen, wenn eine längere Begutachtung ausgearbeitet ist.

Wiltowchen — wehrt sich. Die dunklen Andeutungen verschiedener „gut gefasster“ Blätter, daß Bernhard ernstlich in Gefahr schwebt, infanzisiert zu werden, haben unsere Anwaltskollegen schließlich doch in seiner ewig heiteren Sonne ein wenig beinächtigt. Er, der in Algegend durch seine Rede eben einen so glänzenden diplomatischen Siegesfichten hat, soll nun auf einmal über eine solche Kleinigkeit die Abkehrung des Konsultats raten und sich dem Hals brechen? Das erfordert eine energische Aktion, die er durch seine „Nochd Allgem. St.“ in einem niederschmetternden Dementi erteilen läßt. Man höre nur:

„In einer Reihe von Blättern werden wieder einmal sogenannte Artikel gerichtet verbreitet. Es ist nicht nötig, alle Einzelheiten dieser auf ganz willkürlichen falschen Voraussetzungen fußenden Angaben zu widerlegen. Wir besänigen uns, Behauptungen herauszugreifen. In der „Deutschen Reichszeit“ lesen wir unter

dem 27. März: Wir waren in der Lage, zuerst mitzutheilen, daß der Kaiser zum Fürsten Bülow gedrängt habe, er möge nur selbst abtreten, wenn er nicht die Schaffung eines selbständigen Reichskolonialamtes erreiche. Diese Forderung ist authentisch. Diese Forderung ist im Gegenteil frei erfunden. Der Reichskanzler hat aus dem Munde des Kaisers nie etwas dergleichen gehört. In demselben Artikel heißt es weiter unten, wie folgt: „Als Gehörtsprotokoll von der Regierung sei wurde, sagte der Kaiser zum Reichskanzler: Ernst erzähl' mir uns als künftigen Reichskanzler.“ Auch hier handelt es sich um eine Erfindung, die aus völli ger Unkenntnis der in Frage kommenden Verhältnisse und Personen hervorgegangen ist. Wir hoffen, daß diese Feststellung dazu beiträgt, alle politisch erregten Blätter von der Verstellung an dem Unfug abzuhalten, der mit sogenannten Reichsgerüchten getrieben wird.“

Merkt Euch diese Aktion, ihr Herren von der guten Presse; es war die letzte. Das nächste Mal, da gibts den Steden. Wer es nur wagen kann, an Bernhards Unerfahrenheit zu zweifeln!

Rußland.

Priester Gapon will sich rechtfertigen. Es ist merkwürdig, wie eifrig das offizielle Depeschenbureau ist, wenn es gilt, für den „Revolutionsär“ Gapon Stimmung zu machen. So teilt es heute mit: Der ehemalige Priester Georgi Gapon richtete an den Staatsanwalt ein Schreiben, in dem er erklärte, daß ihm im Herbst 1905 der Ministerpräsident Graf Witte vorgeschlagen habe, über die Wiedereröffnung des Arbeiterklubs zu verhandeln, wobei ihm der halblegale Aufenthalt in Petersburg gestattet worden sei. Da seine Gegner ihn, seiner Einwilligung wegen, jetzt heftig angreifen, fordere er, daß entweder die Amnestie auch auf ihn ausgedehnt werde, damit er sich offen verteidigen könne, oder daß er, falls seine Beteiligung an der revolutionären Bewegung noch strafällig erscheine, vor ein ordentliches Gericht gestellt werde. — Der Mann wird wohl „amnestiert“ werden.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 3. April 1906.

83. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Sirt v. Arnim, v. Gall-wik.

Nach debattierender Erledigung mehrerer für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärten Petitionen und Rechnungsachen wird die zweite Lesung des Militäretats beim Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“ in Verbindung mit dem Kapitel „Technische Institute“ fortgesetzt.

Zubeil (SD.): Sobald Arbeiterinteressen in Frage kommen, soll der Etat in Geschwindgallopp erledigt werden. Wir werden aber nicht dulden, daß die Arbeiterinteressen in dieser Weise als Nebenfrage behandelt werden. Die gestrige Rede des Abg. Pauli beweist, wie erheblich unser Einfluß hier im Hause gewirkt hat. Der konservative Kleinmeister hat sich gestern viel energischer als er sonst zu tun pflegte, für die Interessen der Arbeiter und Unterbeamten einzutreten genötigt gesehen. Man kann schon aus seinen Ausführungen sehen, wie schlimm es um die königlichen Institute in Spandau bestellt ist. Unterbeamte erhalten nach 15jähriger Tätigkeit eine tägliche Zulage von 6 1/2 Pf. Selbst viele Privatunternehmer würden sich schämen, eine derartige winzige Zulage zu gewähren. Man hat einige Kategorien, wie die Heizer, aufgebessert, anderen Kategorien dagegen, wie den Steinbrückergehilfen, verweigert man hartnäckig jede Aufbesserung. Der Generalmajor Sirt v. Arnim sprach von der Rücksichtnahme auf die Privatindustrie. Diese Rücksichtnahme ist eben des Pudels Kern. Hat doch der Minister v. Bötticher auf einem Festessen zu den Unternehmern gesagt: Wir arbeiten nur für Sie! Den Arbeiter-Ausschüssen in den Werkstätten fehlt jede wirkliche Macht. Sie sind durch Bestimmungen, die ihren Befugnissen die engsten Grenzen ziehen, einfach in spanische Schiefen eingeschmarrt. Wenn ein Arbeitervertreter zum Protokoll sein Amt niederlegt, darf er auf 3 Jahre nicht wiedergewählt werden. Die Verwaltung hat viel Mühe gemacht, daß sie den Arbeitern eine Entschädigung für den oft stundenlangen, beschwerlichen und bisweilen gefährlichen Weg ist so lächerlich gering bemessen, daß man lieber nicht davon reden sollte. Die Nacharbeit wird viel zu schlecht bezahlt. Die Arbeitsräume sind vielfach zu eng; über schlechte Ventilation, über Hitze und verdorbene Luft in den Speisekassen wird in vielen Betrieben geklagt. Dazu wird den Arbeitern oft zugemutet, die Reinigung unentgeltlich zu übernehmen. Manche Meister treiben die Angelegenheit so weit, daß sie sogar von der Verwaltung Beweise bekommen. Der Laboratoriums-Direktor Giesberg will die Arbeiter durchaus zum Sparen zwingen und wendet dazu Mittel an, die unzulässig und ungesund sind. Für konservative Blätter wird die eifrigste Agitation in den Werkstätten entfaltet; zur Stadtverordnetenwahl werden die Arbeiter kommandiert und müssen unter Führung der Meister vor die Urne treten, um die konservativen Kandidaten durchzuführen. Die politische Schnäfferei wird so weit getrieben, daß man sogar das Studienpapier der Arbeiter untersucht; ein Vorgelehter steht seine unliebsamwärtige Nase sogar in die Kaffeetasse der Arbeiter. (Gr. Heiterkeit rechts und b. d. Natl.) Sie würden sich das auch nicht gefallen lassen, Herr Graf v. Oriola. (Erneute Heiterkeit rechts.) Über Arbeitern gegenüber, denken Sie, ist alles erlaubt. Ich komme nunmehr zu den Pulverfabriken in Hanau. Die Arbeitslöhre sind dort außerordentlich niedrig; Arbeiter, die 20 Jahre in den Werkstätten beschäftigt sind, erhalten 3-4 Mk. Ferner sind die Gesundheitsverhältnisse äußerst schlecht. Staub und Zugluft rufen zahlreiche Lungenerkrankheiten hervor. Die Schmutzluft, die aus Betrieben meines früheren Kollegen Hoch-Ganau eingeführt wurde, ist jetzt wieder in Wegfall gekommen. Die Strafbestimmungen sind schändlich und ein vermidelter Instandhaltung macht es den Arbeitern schwer, ihr Beschwerderecht auszuüben. In Siegburg steht es noch schlimmer als in Hanau und Spandau. Der dortige Fabrikdirektor würde sich vorzüglich zum Zuchthausdirektor eignen. Wird das Fabrikat geschlossen, so fühlen sich die Arbeiter wie im Gefängnis. Die Aufseher benehmen sich wie Sklavenvögte. Die Arbeiter werden von ihnen angepöppelt und dann drangsaliiert, wenn sie das Geld zurückfordern. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Auch geht man sehr parteiisch vor. Arbeiter, die eine schöne Frau haben, werden bevorzugt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Auch beim Bekleidungsamt in Sträßburg herrschen viel-

fach Ungerechtigkeiten. In der Militärwerkstatt in Danzig werden die Arbeiter gezwungen, das Brot aus einer halb bankrotten konservativen Genossenschaftsbäckerei zu beziehen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) In Danzig werden ferner im direkten Widerspruch mit den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches die Feiertage nicht bezahlt, sondern vom Wochenlohn abgezogen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Ich hoffe, durch meine Ausführungen den Beweis erbracht zu haben, wie notwendig es ist, daß die Öffentlichkeit sich intensiver mit den Militärwerkstätten beschäftigt. (Beifall b. d. Soz.)

Lucas (N.): Ohne in Geschwindgallopp zu verfallen, glaube ich doch, mich kürzer fassen zu können als der Vordredner. (Heiterkeit.) Die Arbeiter in den Militärwerkstätten erkennen durchaus an, daß ihre Löhne ausreichend sind (Widerspruch b. d. Soz.); ihre Wünsche gehen auf geschicktes Aufsteigen in höhere Lohnklassen, Erreichung einer Penstonsklasse und bessere Wohnungsfürsorge. Je schneller die Militärverwaltungen mit Verbesserungen vorgehen, desto erfolgreicher wird sie gewissen Elementen das Wasser abgraben, die die Unzufriedenheit der Arbeiter zu erregen als ihre Hauptaufgabe ansehen. (Bravo! bei den Natl.)

Generalmajor Sirt v. Arnim: Ich habe mir bei den Ausführungen des Abg. Zubeil gewissenhaft Notizen gemacht, aber beim Stillenpapier und der Kaffeetasse habe ich aufgehört. (Heiterkeit.) Die vom Abg. Zubeil vorgebrachten Einzelsfälle kenne ich nicht. Ich wiederhole nochmals: Die Militärwerkstätten stehen in Gesundheits- und Wohlfahrtsrichtungen unerreicht dar. Ich werde die vom Abg. Zubeil vorgebrachten Anklagen genau untersuchen lassen, vermute aber nach den früheren Erfahrungen, daß sie sich alle als völlig unrichtig herausstellen werden. (Beif. Beifall rechts, in der Mitte und bei den Natl.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Festungen und Verkehrswesen“ regt

Böhlen dorf: Köppl (N.) Erhöhung der Fonds für Luftschiffabriksversuche an. Dieselben seien ebenso wichtig wie die ungeheuer kostspieligen und langwierigen Unterseeboot-Experimente.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben.

Es folgen die einmaligen Ausgaben. Beim Titel „Erwerb eines Truppenübungsplatzes für das 11. Armee-korps“ gibt v. Strombeck (Z) der Bestirzung Ausdruck, daß durch die Wahl des Truppenübungsplatzes bei Ohrdruf die Bewohner des Wohnortes des Gutsfeldes künftighin durch Einquartierungslasten stark geschädigt werden.

Kriegsminister v. Einem sucht die Bestirzungen des Vordredners zu zerstreuen. Wenn der Übungsplatz bei Ohrdruf nicht bewilligt wird, läßt sich überhaupt kein Übungsplatz für das 11. Armee-korps finden.

Gagemann (N.) willigt schweren Herzens in den Truppenübungsplatz, bittet aber, die bäuerlichen Interessen möglichst zu schonen.

Dr. Müller-Sagan (Z) tritt ebenfalls für vollwertige Entschädigung der Bauern mit Land ein und regt unter großer Heiterkeit des Hauses an, den Wünschelrutenmann statt nach Südwestafrika auf die Suche nach Wasser, lieber nach dem Gutsfelde auf die Suche nach einem Truppenübungsplatz zu schicken.

Boß (SD): Die Militärverwaltung kennt ihre Pappenheimer und kehrt sich daher nicht an die Resolution, welche sich dagegen wendet, daß Truppenübungsplätze nicht in Gegenden mit vielem kleinbäuerlichen Besitz angelegt werden sollen. In einem wüthlichen parlamentarischen Saale wäre das einfach unmöglich. Daß sich in der Nähe des projektierten Übungsplatzes recht angenehme Bäderorte befinden, mag den Herren Offizieren ja recht willkommen sein. (Heiterkeit.) Gegen die Anlegung eines Truppenübungsplatzes auf dem Gutsfelde scheint das Zentrum deshalb zu sein, weil es fürchtet, daß die idyllische Idylle der dortigen katholischen Bauern durch die Truppen gestört wird. (Heiterkeit.) — Die Bauern, die expropriiert werden sollen, damit aus ihren Stellen ein Übungsplatz gebildet wird, wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Rechte, die uns immer vorwirft, daß wir die Expropriation der Expropriateure verlangen, wird sich hoffentlich bedenken, ehe sie ihre Zustimmung dazu gibt, die Existenz von 340 Bauern zu vernichten. Es gibt noch genug Gelände in Thüringen, wo man Truppenplätze ohne die Vernichtung so vieler Kleinrentenbesitzer anlegen kann. (Zuruf rechts: Wo denn? Generalmajor v. Gallwitz breitet vor dem Redner eine Karte von Thüringen aus. Große Heiterkeit.) Ich habe es doch wirklich nicht nötig, der Militärverwaltung Truppenübungsplätze nachzuweisen. Jedenfalls bitte ich um Ablehnung des vorgeschlagenen Platzes. (Bravo! b. d. Soz.)

Generalmajor v. Gallwitz: Nichts hat uns ferner gelegen, als das hohe Haus zu kräftigen. In Deutschland wird sich schwerlich ganz ohne Beseitigung bäuerlichen Besitztumes ein Truppenübungsplatz anlegen lassen. Selbstredend schonen wir die bäuerlichen Interessen aufs Sorgfältigste und tun auch alles, was in unserer Kraft steht, um die preissteigernde Grundstückspekulation in der Nähe des Truppenübungsplatzes zu unterdrücken. Die Anregung, für die geschädigten Bauern Austauschgelände ausfindig zu machen, akzeptieren wir dankbar.

Boß (SD) bezweifelt, daß der Satz von 800 Mk. pro Hektar als genügende Entschädigung anzusehen sei.

Gotthardiger Bevollmächtigter Dr. v. Bonin: Die herzogliche Domänenverwaltung ist gern bereit, Austauschgelände zu gewähren, soweit es irgendwie möglich ist. Die gotthardige Regierung hat die Interessen ihrer Landangehörigen nach Kräften wahrgenommen, mußte aber auch den notwendigen Bedürfnissen des Reiches Rechnung tragen.

Dr. Müller-Sagan (Z) erklärt, daß die Gotthardiger mit dem Truppenübungsplatz ein gutes Geschäft machen würden.

Boß-Gottha (SD) bestreitet das energisch. Höchstens ein paar reiche Bauern machen ein Geschäft bei der Uelegung; die große Masse der Kleinbauern wird geschädigt. Ich bitte nochmals um Ablehnung der Vorlage. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte und der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Bei dem Titel „Beihilfe für Spandau“ (30 000 Mk.) regt

Dr. Bachnick (Z) Erhöhung des Zuschusses an, da die Privatbetriebe, wie zum Beispiel Siemens u. Halske, weit höhere Zuschüsse zu den Kommunallasten leisten.

Pauli-Potsdam (N.) stimmt diesen Ausführungen zu, desgleichen

Singer (SD), der auf das starke Anschwellen der Schul- und Armenlasten in Spandau, das zum großen Teil auf die dortigen Militärwerkstätten zurückzuführen ist, hinweist. Der Fiskus muß in bezug auf die Veranziehung

zur Kommunalsteuer den gewerblichen Unternehmern gleichgestellt werden. (Beifall b. d. Soz.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Militäretats und die Etats des ostasiatischen Expeditionskorps und des Reichsmilitärgerichtes.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Statistik, Servicegesetz.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 4. April.

Wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern ist der Vorkott über die Thüringer Wurfabrik von Ang. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Kutscher! Nachstehende Beiträge haben die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: Wm. Schmidt, Hafenstraße 20b, W. Wigger, Moislinger Allee 51, E. Gwers, Radswehr-Allee 10, W. Quikau, Mittbrack, Ecke der Arnimstraße und U. Quikau, Marktstraße 17. Ueber diese Beiträge ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellärter Kutscher darf in denselben Arbeit annehmen. — Die Differenzen bei der Firma W. Beckelhoff, Wallstraße 21, sind durch Unterhandlungen zur beiderseitigen Zufriedenheit geschlichtet. Die Sperre über diesen Betrieb ist also aufgehoben.

Zuzug von Werftarbeitern nach Holst ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Reptunwerft angesperrt sind!

Die Bürgerkassette war am Montag außerordentlich fleißig; sie erledigte neun Senatsanträge und stimmte nach langer Debatte zwei Steuervorschlägen zu. Während die meisten Vorlagen ohne wesentliche Erörterung genehmigt wurden, kam es beim Punkt „Bau eines Arbeiterlatens“ zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen unserem Gesonnen Wissell einerseits und einer ganzen Reihe von Bürgerkassettmitgliedern andererseits. Selbstverständlich trat unser Redner dafür ein, daß die zu errichteten Arbeiterwohnungen möglichst bequem und gemüthlich gestaltet werden. Das wollen aber die meisten andern Bürgerkassettmitglieder nicht und deshalb lehnten sie einen von Wissell gestellten diesbezüglichen Antrag ab. Die Begründung für diese Haltung, die Rosenquist gab, wirft ein großes Schlaglicht auf die ganze Mächtsucht dieser Leute. Wenn man Arbeitern eine anständige Wohnung gibt, so wecht man ihre Begehrlichkeit. Damit können auch die ostpreussischen Junker es rechtfertigen, wenn ihre Schweinefälle besser sind, als ihre Arbeiterwohnungen!

Die Wohnungsfrage wurde übrigens auch bei dem Senatsantrag auf Erbauung einer Uferbahn angeknüpft. Hier fragte Genosse Wissell an, wie man sich die Unterhaltsverhältnisse für die am Hochofenwert beschäftigten Leute denke; zugleich verlangte er, daß man die Abhängigkeit der Arbeiter nicht durch ihre Wohngelegenheit vergrößere, wie es in verschiedenen Industrieorten betamntlich der Fall ist.

Eine lange und lebhafteste Debatte entfesselten wieder die Steuervorschläge der gemeinsamen Kommission; als bedingungsloser Verteidiger derselben trat aus der Mitte der Bürgerkassette nur Dr. Benda auf. Von unserer Seite wurde kräftig gegen diese kleinlichen Mittel zur Erhöhung der Staatseinnahmen Stellung genommen. Schließlich wurde die Erhöhung des Schulgeldes der Ernestinenfchule derart vorgenommen, daß die Bildungsanstalt für „höhere Löhler“ in dieser Beziehung nunmehr dem Katharineum gleichsteht.

Weiter wurde die Hundesteuer für die Bewohner der Stadt und den Vorstädten auf 15 Mk. erhöht. Damit ist das Todesurteil für eine ganze Anzahl dieser treuesten Freunde des Menschen ausgesprochen worden, denn viele kleine Leute werden nicht instande sein, die erhöhte Steuer zu bezahlen und müssen deshalb ihren Hund abschaffen. Somit wird man aus der erhöhten Hundesteuer keine nennswerte Mehreinnahme erzielen, jedoch erreichen, daß das Halten von Hunden immer mehr ein Privilegium der reichen Leute und der Offiziere wird. Und das ist anheimend auch nur beabsichtigt.

Um 10 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen, die eine sehr zahlreiche Zuhörermenge, unter denen sich viele Wirte befanden, angelockt hatte. Der Saal selbst wies manche Lücke auf.

Nochmals Herr August Scheere! Von der Kartellkommission erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zeilen: Herr Scheere schreibt in seinem Inserat, sowie in einem (heute auch unserem Blatt beiliegenden, Ned.) Flugblatt: Die Kartellkommission verlangte die Entlassung Reinhardt's. Wir bemerken, daß wir auch jeder anderen Lösung des Konflikts zugestimmt hätten, wenn Herr Scheere uns eine andere vorgeschlagen. Wir sind nicht erpicht auf solche Streitereien, und da wir bis zu der Unterredung mit Herrn Scheere glaubten, es mit einem loyalen Unternehmer zu tun haben, so hätten wir jeden anderen Vorschlag, der uns die Sicherheit gegeben hätte, daß es sich nicht um die Verschneidung des Koalitionsrechts der Schlachtergesellen handelt, gerne akzeptiert. Nach der Handlungsweise des Herrn Scheere in der letzten März-Woche sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß Herr Scheere uns genaschäft hat. Seine Erklärung in dem Inserat und dem Flugblatt, er habe sich um die politischen Anschauungen seiner Gesellen nie gekümmert, ist ein erbärmlicher Ado-lantenkniff. Kein Mensch hat dergleichen behauptet, denn wer sucht bei Schlachtergesellen politische Anschauungen; in dieser Beziehung steht bei den Weisern ja noch recht trübe aus. Herr Scheere hat sich aber sehr intensiv darum gekümmert, wer von seinen Gesellen dem Verbande angehört. Er schreibt ja selbst, daß von 28 Gesellen 20 Verbändler waren, und da Herr Scheere ein guter Geschäftsmann ist, wird er sich gesagt haben, wenn das so weiter geht, werden die Leute bald eine geregelte Arbeitszeit verlangen und nicht mehr 12 bis 14 Stunden täglich Wurst fabrizieren. Da kamen denn dem Meister Scheere die Streitereien unter den Gesellen, die stets von Nichtverbändlern provoziert waren, sehr gelegen. In den denkbar düstersten Farben schildert er in seinem Flugblatt die unglücklichste rohe Szene; und wer hatte sie veranlaßt? Der Vorarbeiter Schröder, ein treuer Brüderkassettgeselle, hatte nach den eigenen Worten des Herrn Scheere einen Gesellen „Dummes Ruder“ genannt und

Nach ausgedrückt: „Ich schlage Dir die Knochen kaputt“, der Geselle reagierte darauf, der Krach war fertig. Der Geselle und noch einer, der seine Partei nahm, beide Verbandsmitglieder, wurden entlassen. — Unschuldengel Reinhardt ließ im Keller einen Wüde auf den Kopf stellen. Da er sich weber entschuldigte, noch irgendwie sein Verhalten aber seine Unvorsichtigkeit ausdrückte, gab's eine Klage einander, die, wenn die Beteiligten Respektvoll gegenüber wären, zum Duell geführt hätte, hier gab's eine kleine Prügelei. Der Geselle, der Verbandsmitglied war, mußte fliehen. — Der „abnungslöse“ Unschuldengel R. bleibt. Nunmehr wurde es den übrigen Verbändlern nicht geheuer. Sie, die Herr Scheere in seinen Laboraten als Terroristen schildert, die Drohungen ausstießen und den treuen Friedoltnen der Widerstand das Leben so sauer wie möglich machen, sie gehen jetzt alle von selbst. Es fühlte sich eben keiner mehr sicher, ob er nicht durch irgend eine Provokation veranlaßt, sich auch nachher vor dem Strafrichter verantworten müßte. Trotzdem Herr Scheere uns versprochen hatte, allerdings ohne Ehrenwort und ohne Handschlag, den Reinhardt zu entfernen, schüttelten ein Duzend Verbandsmitglieder den Scheere'schen Staub von ihren Füßen ab. Sie tannnen den Eric schon, daß man Versprechungen, die man ohne Handschlag und ohne Ehrenwort gibt, nicht zu halten braucht. Die Entlassung der zwei letzten unverheirateten Verbandsmitglieder der schlug dann dem Jast den Boden aus. Herr Scheere meint, er hatte „Ursache“, die beiden zu entlassen. Das glauben wir auch, aber welche, das verschweigt er. Die beiden hatten von den ganzen früheren Krachs im Scheere'schen Geschäft nichts mitgemacht, weil sie erst Mitte Februar eingestellt waren; sie haben nach eigenem schriftlichen Zeugnis des Herrn Scheere ihre Arbeit zur Zufriedenheit vollführt, sie haben sich im Betriebe einer musterhaften Führung befleißigt, das Gegenteil würde sonst schon längst ausgenutzt worden sein; aber sie mußten raus, weil sie Verbandsmitglieder waren. Arbeiter Lübeck, wir haben die Angelegenheit ruhig und vorurteilslos geprüft. Die Kartellversammlung hat die Sache verhandelt. Einstimmig ist Herr Scheere gerichtet worden. Er schreibt in seinem Flugblatt, daß die Kartellkommission ihm ausdrücklich erklärt habe, sie hätte gegen keine Person oder gegen die Handhabung seines Geschäftsbetriebes nichts einzuwenden. Das erklärten wir Ihnen am 22. Februar, Herr Scheere, als Sie uns ohne Handschlag und ohne Ehrenwort das Versprechen gaben, den Reinhardt zu entfernen. Jetzt gebt jenes Gefühl der Vergangenheit an. Die Vertreter der Lübecker organisierten Arbeiter wollen auch unseren Brüdern, die das schwere Los eines Schlachtergesellen gewählt haben, ihr volles Koalitionsrecht erhalten wissen. Dies ist der Kernpunkt des Streites und so lange der nicht aus der Welt geschafft ist, darf kein Arbeiter Scheere'sche Fleischwaren essen!

Die Kartellkommission. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Dienstag abend im „Vereinshaus“ tagte, war sehr gut besucht. Zunächst wurde auf Antrag Steidemann beschlossen, den Vortrag des Genossen Stelling, der als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stand, zu verschieben und dafür zu setzen: Die Maifeier und ihre Arrangierung. Sodann gab der Kassierer, Gen. A. Ehlers, den Kassierbericht für das 1. Quartal 1906. Nach demselben betrug die Einnahme 1962,60 Mk., die Ausgabe 1009,45 Mk., so daß ein Ueberschuß von 943,15 Mk. verbleibt. Der Kassenbestand beträgt 3779,65 Mk. Die Mitgliederzahl hat sich am 1. April auf 2007 erhöht. Nunmehr kommt die Maifeier noch einmal zur Beratung. Die Veranlassung, diese Frage wieder aufzurollen, gab die Anschaffung eines Tanzsaales, die in der vorigen Versammlung beschlossen worden ist. Der hiesige Zweigverein des Verbandes der Maurer hat in einer Versammlung dazu Stellung genommen und einen Beschluß gegen die Anschaffung des Tanzbodens gefaßt. Die Debatte über den Gegenstand in der gestrigen Versammlung war äußerst lebhaft. Schließlich wurde ein vom Genossen Schumann gestellter Antrag, den Beschluß, einen Tanzboden anzuschaffen, aufzuheben, mit 144 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Ein vom Genossen Oldorp gestellter Antrag, wonach die Maifeier um 8 Uhr zu beenden ist, verfiel demselben Schicksal. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat März auf 712 (683), die der Besucher auf 767 (733). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 106 Personen. Auskünfte wurden erteilt 768 (730), darunter nach auswärts schriftlich 8 (18). Von den Besuchern waren organisiert 424 (379) Personen, und zwar gewerkschaftlich 290, politisch 15, owerkschaftlich und politisch 119. Unter den verbleibenden 343 Nichtorganisierten befinden sich 83 Angehörige von Organisierten und 100 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 682 (633) männlich, 182 (194) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 685 (661); selbständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 79 (71); Organisationen 3 (1). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 607 (593) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 50 (35), Oldenburg 64 (63), Meddenburg 19 (19), Preußen 26 (20) und sonstige 2 (3). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 240 (180), Arbeits- und Dienstvertrag 103 (69), bürgerliches Recht 268 (287), Straf-

recht 44 (40), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 51 (102), Arbeiterbewegung 7 (2), Privatversicherung 6 (14), Handels- und Gewerbesachen 6 (10), Verschiedenes 33 (26). Von den Auskünften machten 105 (124) die Anfertigung von 118 (139) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 19 (43) sonstige Briefe und Postkarten, Eingängen 116 (100) Postsendungen. Der 5. März zeigte mit 46 (50) die höchste, der 28. März mit 9 (9) die niedrigste Besucherzahl.

Monatsübersicht über den Mitgliederbestand der Christenbrüder in Lübeck.

Die Klasse hatte Mitglieder	versicherungspflichtige		freiwillige		insgesamt		Erwerbsunfähig krank gemeldet waren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	am ersten Tage des Monats April 1906	9770	3661	721	1022	10491	4683	259
am 30. April 1906	9750	3545	726	1018	10476	4563	315	263

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Als vorletzte Opernvorstellung in der Winterpielzeit gelangen Donnerstag „Die Hugenotten“ zur Aufführung. Brächtig ausgestattet und sorgfältig einstudiert macht das Opernwerkliche Werk einen gewaltigen Eindruck und wurde gelegentlich der letzten Vorstellung durch stürmischen Beifall ausgezeichnet. Da dies die einzige und letzte Wiederholung sein kann, möchten wir den Besuch dieser Vorstellung bestens empfehlen. — Freitag wird der Schwant „Villa Venkendorf“ wiederholt und Sonnabend findet die letzte Schiller-Vorstellung zum Einheitspreise von 50 Pfg. statt: „Königs Glaube“ von Dr. Stobbe geht letztmalig in Szene.

Gesundens Gegenstände. Im Monat März 1906 sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit Inhalt sowie mehrere Briefmarken, 1 Alb. Damenuhr, 1 Brille, 1 Taschenuhr mit Futteral, 2 schwarze Pelzboas, 1 schwarzer Filzhut, 1 Spazierstock mit silb. Krücke, 2 Regenschirme, 1 Zeitungshalter, 1 schwarzer Damengürtel, 1 Paar Gummischuhe, 1 Gummiball, 1 Paar wollene Strümpfe, 2 Paar Glacehandschuhe, 1 Getreidesack, 1 Uhrschlüssel und mehrere Rollen Zwirn.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: In Lübeck, auf dem grünen Plage neben der alten Kaserne. Donnerstag, den 5. April 1906, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1899. Donnerstag, den 5. April 1906, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1900.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Schlutup ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande entlassenen J. W. Wade, der Wägereibesitzer Heinrich Niemann daselbst zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gebliebene Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Gewählte ist in gewohnter Eigenschaft heständig und auf gewissenhafte Amtsführung eichtlich verpflichtet.

Schwartz. Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet nicht am 5. April, sondern erst am Donnerstag, den 12. April, statt. Hamburg. Zum Streik der Seeleute. In einer Versammlung der Hafenarbeiter gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Hafenarbeiter mit den ausständigen Seeleuten sich solidarisch erklären. — Westverdrängte Ratten. Auf dem von La Plata am 2. d. Mts. hier eingetroffenen Dampfer „Sevilla“ sind Ratten gefunden, bei denen der Verdacht besteht, daß sie mit Pest befallen sind. Das Schiff ist einer Ausgattung mit dem Rattenstungapparat „Desinfektor“ unterzogen; alle Vorkehrungsmaßregeln sind getroffen. Menschen sind nicht erkrankt. Die Rötung des Schiffes wird unter den üblichen Vorkehrungsmaßregeln gestattet werden.

Kiel. Eine kurze, aber erfolgreiche Robabehebung haben die Glasergelassen Kiels soeben beendet. Die Arbeitnehmer haben sich veranlaßt, am Sonnabend morgen in den Ausstand zu treten, weil die Arbeitgeber sich beharrlich weigerten, den ihnen unterbreiteten neuen Lohnvertrag anzunehmen. Verhandlungen am Sonntag sowie am Montag morgen haben jedoch zu einer Einigung zu Gunsten der Gehilfen geführt. Diese haben deshalb beschlossen, die Arbeit am Dienstag morgen wieder aufzunehmen.

Schwere. Nach dreiwöchentlichem Streit der Maler ist zwischen den hiesigen Meistern und Gehilfen ein neuer Lohnvertrag vereinbart worden.

Bremen. Die Bluttat in Ritterhude bei Osterholz-Scharmbeck (Bezirk Bremen), wo wie wir bereits meldeten, die 30jährige Witwe Thielbar in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden wurde, ist jetzt völlig aufgeklärt. Als Täter sind des bisherigen Dienstmädchens der Ermordeten, die unverschleihte Minna Klee, und deren Geliebter, der Knecht Coers, ermittelt und festgenommen worden. Nach Angabe der Verhafteten liegen der Mordtat, die sich nicht Mordtat charakterisiert, die folgenden eigenartigen Motive zugrunde. Die Witwe Thielbar hatte davon Kenntnis erhalten, daß ihr Dienstmädchen häufig den nächtlichen Besuch des Geliebten in ihrer Kammer empfing. Infolgedessen machte die Frau dem Mädchen wiederholt ernste Vorhaltungen. Um nun die Mißverständnisse des intimen Verhältnisses aus dem Wege zu schaffen, faßte das Liebespaar den gemeinsamen Entschluß, die Geistin zu ermorden. Die Unmenschen überfielen sie im Schlafe, zerrten sie aus dem Bett, wobei Coers sie mit den Händen erwürgte. Nach

vollbrachter Tat zerstückte die Klee die Nachtlampe und schüttete das Petroleum in das Bett; dann hat sie der Toten noch das Gesicht zerkratzt. Hieraus brachte sich das Mädchen selbst Krach- und andere Wunden im Gesicht bei, um den Anschein eines Raubanfalls zu erwecken. Während das Frauentzimmer bald nach dem grausigen Mord festgenommen und der Tat überführt werden konnte, hatte Coers inzwischen die Flucht ergriffen, er wurde jedoch durch einen reitenden Boten eingeholt und mitsamt seiner Geliebten in das Gerichtsgefängnis zu Osterholz eingeliefert. Er empfindet bittere Reue über seine Tat; das Mädchen trägt dagegen ein gleichgültiges Wesen zur Schau.

Oldenburg. 17. ordentliche Sitzung des Oldenburgischen Landtages. Die ersten beiden Punkte, Errichtung eines Wasserwerkes in Alers, sowie Anschluß des Bahnhofs an die städtischen Elektrizitätswerke wurden ohne wesentliche Debatte erledigt. Erst beim dritten Punkt, Entwurf eines Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg begann eine lebhafte Auseinandersetzung. Der Entwurf der Regierung ging im allgemeinen davon aus, die unteren Stufen mit einem Existenzminimum, Entlastung der unteren Stufen, Fortsetzung der Progression über 4 Proz. hinaus und Einführung eines Hundertmarkstufenzins, sowie selbständige Veranlagung der Dienstverpflichteten und Gewerbetreibenden. Die Mehrheit des Finanzausschusses hatte außerdem beantragt, die Konsumvereine einer Besteuerung zu unterziehen. Eine Minderheit beantragte unveränderte Annahme des Art. 1 Ziffer 4. Nach einem heftigen Jäh und Wieder wurde der Antrag der Minderheit mit 20 gegen 19 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, sodas als für dieses Mal die Konsumvereine steuerfrei bleiben. Ferner beantragte die Minderheit, die Abg. Hug und Ahlhorn-Osterburg, das Privatvermögen des Großherzogs zur Steuer heranzuziehen. Außer den Sozialdemokraten stimmten dafür Ahlhorn, Daun, Enneling, so daß dieser Antrag abgelehnt wurde. Außerdem hatte die Minderheit Hug und Ahlhorn einen neuen Tarif aufgestellt, welcher die Stufen unter 500 steuerfrei läßt, die Stufen von 500—3200 mäßig anzieht, so daß bei 3200 Mk. Einkommen 2 Proz. erreicht werden, dann aber im Gegensatz zum Regierungsentwurf die weiteren Stufen schärfer heranzieht und bei 25 500 Mk. bereits 4 Proz. erreicht, dagegen der Entwurf der Regierung erst bei 30 000 Mk. 4 Proz. erreicht. Bei 38 000 Mk. 5 Proz., dagegen im Regierungsentwurf erst bei 41 500 Mk. 5 Proz. Ferner lag ein Minderheitsantrag vor von den Abg. Vogt Eulin und Laperber, der verlangt, bei der 70. Stufe 25 500 Mk. und 4 Proz. aufzuheben, und folgender Nachsch aufzugeben: und für jede 500 Mk. Einkommen mehr zu einer nächst höheren Stufe mit einer Jahressteuer von 20 Mk. Dieser Minderheitsantrag wurde abgelehnt. Der Minderheitsantrag Hug-Ahlhorn ebenfalls, nachdem die Regierung denselben für unannehmbar erklärt hatte, bei welcher Gelegenheit der Abg. Heitmann zweimal einen Ordnungsruf erhielt, weil er die Erklärung des Ministers als brüßl und als Aufreizung zur Unruhmord die bezeichnen hatte. Die Regierungsvorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. Außerdem hatte der Gebietsverein von Delmenhorst eine Petition eingereicht, in welcher er wünschte, daß in Art. 11 der Gemeindeordnung statt zwei Drittel der Grundbesitzer künftig nur noch die Hälfte derselben in der Gemeindeamt zu wählen sind. Die Mehrheit des Ausschusses empfahl der Regierung, die Petition zur Prüfung, mit der Motivierung, daß auf dem Lande eine Veränderung in der Weise nicht am Platze wäre, wegen in einigen städtischen Bezirken dies möglich sei. Die Minderheit dagegen wünschte eine allgemeine Regelung in dieser Weise, weil sich die Verhältnisse seit Erlass der Gemeindeordnung gänzlich verschoben haben und die Haupternahmen heute die Einkommensteuer ist. Der Mehrheitsantrag wurde angenommen; die übrigen zur Behandlung stehenden Gegenstände waren nicht von Wichtigkeit, weshalb wir darüber nicht weiter berichten wollen.

Eden. Der Maurer- und Zimmererstreik ist durch einen Vergleich beigelegt worden. Der Malerstreik dauert noch fort.

Literarisches.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 7. Nummer des 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus ihrem Inhalt erweisen wir die beiden farbigen Bilder „Vom politischen Mannelebensalter“ und „Die Zeiten ändern sich“, sowie die Illustrationen „Mormontaufnahme aus Mexiko“, „Schnellich“, „Probates Wafahren“, „Der Börsenmann und die Politik“, „Zoologischer Unterricht“, „Berliner Sozialisten“, „Ein Raub und seine Folgen“, „Schlangengebissung in Mexiko“, „Mittel und die Steneratten“ und „Der Katastrophe von Courtes“, „Aufschiebung“ von Clara Bohm, „Die Welt der Feste“ von Paul Enderling, „April“ von Ludwig Besser, „Fluch dem Parasiten“, „Berliner Volksepienome“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Eine Enquete“ und „v. Bismarck-Bildung an v. Armin Schnodderheim“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. „Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Albert Seidel u. a. Eine geradezu verachtliche Abrechnung mit der engberzigen und kurzfristigen Klassenpolitik, die der deutsche Freisinn in den Gemeinden zu führen pflegt, wo er das Heft in der Hand hat, hält in der neuesten Nummer der Kommunalen Praxis Gen. Edmund Fischer. Er leuchtet zu diesem Ende einmal die Laten des Kommunal-Verfalls in der reichen Stadt Jitau, und man muß sagen, daß er dabei geradezu unerhörte Zustände, a B. auf dem Gebiete der gemeinlichen Besteuerung an's Licht zieht. Die Kritik der Kommunalen Praxis ist allen Partei-ernoffen, die sich mit Gemeindepolitik befassen oder gar Gemeindeverstreter sind, dringnd zu empfehlen. — Probenummern kann man kostenlos von der Geschäftsstelle der Kommunalen Praxis, Berlin W 15, beziehen.

H. T. V.
Vorstandssitzung
Morgen, Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr.
Maifeier-Komitee.
Dente Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung im Vereinshaus.
Zum 1. Juli die 2. Stage, 2 Zimmer
und Zubehör, Wilowstraße 3.
Näheres daselbst oder Altdorferstraße 25, pt.

Eine kl. Wohnung zum 1. Juli
zu vermieten, Preis 140 Mk. Näheres
Marckstraße 51.
Zum 1. Juli eine freundl. Zweifamilien-
wohnung Schönlampfer 14a, Preis 140 Mk.
Näheres Schüsselbuden 16, I.
Eine Wohnung, 2 resp. 3 Zimm.
zu vermieten
Klappenstraße 22 a.
Gesucht, 1. Juli 1 Zweifamilienwohn.
mit Zubehör von eins. Leuten vorm. Hofkantor.
Preis 160—180 Mk. Off. aut. M H an d. Exp. b. H.

1 Wohnung, 3 St. u. all. Zubeh.,
Näheres Bülowstraße 14.
Eine Zweifamilien-Wohnung
zu vermieten
Brüderstraße 2a.
Zu verm. 1. Juli eine Wohnung
Miete 180 Mk. Näheres Vorbedstraße 11.
Kartoffelland
zu verpachten, □ Rate 50 Pfg. Vermessung am
8. 16. und 22. April, morgens 7 1/2 Uhr.
Deeloe, Calles.

Gesucht zum 1 Juli eine Zwei- oder
Dreifamilienwohnung mit Zubehör (Hofkantor).
Off. n. Preisang. u. D 23 an die Exp. b. H.
Gesucht zu sof. eine Morgenfran
Näheres Blücherstraße 20, part.
Gesucht sofort ein Putzmädchen
außer der Schulleit. Glandorfsstraße 21.
Gesucht e. jung. Morgenmädchen
Spillerstraße 18.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Mütter

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eisene Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Gelocht zu Otern ein Bursche beim Milchwagen. Zu werden Brodstraße 6.

Land zu verpachten bei der Lohmühle. Näheres Körbeckstraße 12, 1.

3 Meter Brennholz zu verkaufen Schönlampstr. 14 a.

Ein fast neues Hinterrad mit freilaufender Nockenbremse billig zu verkaufen Mühlhofweg 14 a.

Rosenkartoffeln zum Pflanzen und ein schwarzes Jackett, pass. für Konfirmandin zu verkaufen Mosestraße 39 a.

Sämtliche Klempnerarbeiten, Reparaturen von Blech- u. Emaillewaren, Böden von starkem verzinnem Stahlblech prompt und billig Salmwackerstraße 4.

Zur Anfertigung je aller Vorarbeit empfiehlt sich Minna Hertz, Schwartauer Allee 96, 1.

Kakao hochfein im Geschmack und sehr erquickend, das Pfd. nur 98 Pfennig empfiehlt.

T. Buhrmann, W. Fahle.

Mit Wochenraten von 1 Mark an

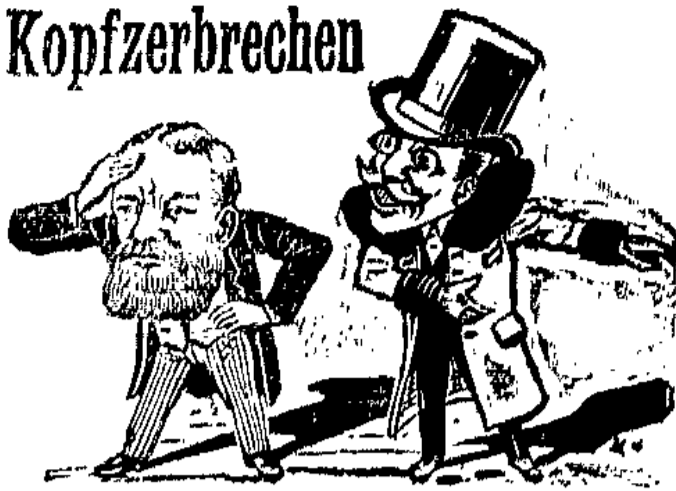
Konfirmanden-

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost-Röcke, Jacketts, Kleiderstoffe, Wäsche, auch

Ohne Anzahlung für alte Kunden, die ihr Konto beglichen haben. Jeder Konfirmand erhält 1 Hut gratis.

S. Sachs
Hühstraße 41.

Kopferbrechen



Manschet- und Chemisethknoöpfe in größter Auswahl. Verlobungsringe, Hochzeits- und Patengeschenke

Rote Rabattmarken. Umtausch gestattet.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage im Hause

Friedrichstraße 1, Ecke Cronsförder Allee,

Kolonialwaren-, Delikatessen-, Tabak- und Zigarren-Geschäft

eröffnet habe

Für gute Waren und reelle Bedienung stets Sorge tragend, bitte ich, mein Unternehmen hochachtungsvoll

Carl Piper.

Klee-, Gras-, Gemüse- und Blumensaat

in neuer, keimfähigster Qualität empfiehlt

T. Buhrmann, Inhaber: W. Fahle.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan gibt
Schneeweisse Wäsche
ohne Bleiche.
Zu haben in allen besseren Geschäften.

Eine große Partie
gute geräucherte Mettwurst (etwas fett)
per Pfund nur 80 Pfg.
empfehlen
Carl Junge, Wahnstraße 14.

PALMIN

Feinste Pflanzenbutter zum Kochen, Braten und Backen

Zu den Festtagen:

Kuchen und Backwaren der Lübecker Ge-nossenschaftsbäckerei, sowie sämtl. Artikel zur Kuchenbäckerei.

Kuchenbestellungen werden rechtzeitig erbeten.

Rote Lubecamarken auf alle Waren.

Wilh. Deichmann

Lindenstraße 55, Ecke Emilienstraße.

Gas-, Benzin-, Petroleum-, Elektro-motore, Dynamos, Lokowobilen, Trans-missionen, Treibriemen, Weingmaschine, Zugregulatoren, Dampfkrast, Pumpen, Drehbank, Räder etc., gebraucht, aber gut erhalten, billig abgegeben.

Brach & Schröder, Lübeckstraße 87.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage

Westhoffstraße 52

eine **Kolonial-, Fettwaren-, Bier- und Brot-Handlung** eröffne.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch gute Ware sowie anmerksame Bedienung meine Kunden zufrieden zu stellen und ersuche um ge-wiegten Zuspruch.

Ludwig Büttner.

Ein großer Posten sehr starke und gute Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel soll Platzmangel wegen in Billigkeit spott-billig verkauft werden.

38 Marlesgrube 38.



Noch nie da gewesen!!

Gute starke Tourenräder 75 Mk. Hochfeine erstklassige Tourenräder 94 Mk. Schweizer Fahrräder, anerkannt vom Guten das Beste, mit allen Neuerungen, wie: Doppel-glockenlager, Kugelanscheinige, Freilauftritt-bremse etc. 125 Mk.

Gute gebrauchte Räder von 25 Mk. an. Auslaute Bedienung — Fahrweg-erleichterung.

O. Störzner, Fahrrad-Zentrale.
Größte Reparaturwerkstatt.

1a Mantel 6,50 Mk., Schläuche 3,50 Mk., sämt-liche Radfahrer Artikel billig; ein großer Posten hochf. Regenfragen 6-7 Mk. pr. Stk., Wert das Doppelte.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 6. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Kartellbericht.
 3. Bericht der Kommission.
 4. Innere Verbandsangelegenheiten.
 5. Verschiedenes.

Achtung Zimmerer!

Mitgliederversammlung
am Donnerstag den 5. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Wegen nicht ger Tages-Ordnung ist das Er-scheinen aller Mitglieder notwendig.

Petersen's Klubhaus
Heute Donnerstag den 5. April:
Familien-Ball.
Herren 25 Pfg., Damen 15 Pfg.

Hansa-Theater

Nur noch wenige Tage des sensationellen 3. Spielplans
Vorverkauf in Sager's Zigarren-gesch. bis 5 Uhr nachm u. mittags von 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Stadthallentheater.
Donnerstag den 5. April. 7 1/2 Uhr.
Vorlesung Opern-Vorstellung
Die Hugenotten.
Freitag: Villa Benkendorf.
Sonntag: Königsglaube. (60 Pfg.)
Sonntag: Schluß der Spielzeit.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 2. April 1906.

82. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Einem.
Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Beim Kapitel Militärintendanturen tritt Werner (Ant.) für Besserstellung der Intendantursekretäre ein.

Das Kapitel wird bewilligt.
Beim Kapitel Militärjustiz verteidigt v. Normann (R.) den verstorbenen Hauptmann Grafen Moon gegen die Vorwürfe des Abg. Hübner. (Weis. rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt.
Beim Kapitel „Geldverpfllegung der Truppen“ beantragt die Kommission, die Zulage für die patentierten Oberleutnants auf die der Infanterie und des Ingenieur- und Pionierkorps zu beschränken.

v. Normann (R.) kündigt für die dritte Lesung einen Antrag auf Ausdehnung der Zulagen auf Artillerie und Kavallerie an und verzichtet trotz schwerer Bedenken auf Widerspruch gegen die von der Regierung geforderten Reichsschule.

Selb (R.) bittet, die Offiziere nicht zu lange in kleinen Garnisonen zu lassen, und wünscht den Bau von Offizierswohnhäusern. Das Reich darf doch nicht bloß für Arbeiterwohnungen Geld haben! Der Train sollte höher geschätzt werden und in ihm nicht Offiziere angestellt werden, die wegen Mißhandlung von der Infanterie abgehoben worden sind.

Noeren (Z.) bittet jetzt schon um Ablehnung des Antrages Normann. Man hat die Stellenzulage für die Oberleutnants der Infanterie ausdrücklich mit den schlechteren Anwartschaftsverhältnissen der Infanterie begründet. Da soll man uns doch nicht zumuten, diese Zulagen auch auf Kavallerie und Artillerie auszudehnen. (Beifall im Zentr. und links.)

Lebehour (SD.): Wie allseitig anerkannt wird, bedeuten kleine Garnisonen eine große sittliche Gefahr für junge Offiziere. Bei Reichsschulen an kleinen Orten treten diese Gefahren im verstärkten Maße zu Tage. Ein Offizier hat mir gegenüber speziell Baderborn für einen sehr bedenklichen Ort für eine Reichsschule erklärt. Selbst an der Reichsschule in Hannover grassiert die Spielwut wieder. An einer Reichsschule in einer Kleinstadt wird die Spielwut noch größeren Umfang annehmen. Nun hat man ja alle übrigen Reichsschulen abgelehnt, will aber die Reichsschule in Baderborn bewilligen. Mit großer Geschicklichkeit scheint der Kriegsminister an die episcopale Deutungsart des Zentrums appelliert zu haben. Man glaubt wohl, daß der bischöfliche Krummstab vor dem Jezu bewahrt. (Heiter.)

Das unter den Offizieren Wein und Weib und Weibel und vielleicht noch die Pferde als das einzig Interessante auf der Welt betrachtet werden, ist schließlich nicht zu verwundern. Die hochmütige Exklusivität namentlich der norddeutschen Offiziere, die hermetische Absperrung von der Außenwelt müssen zu einer Verengung des Gesichtskreises führen. Der Herberverstand wird allerdings sehr ausgebildet, das Gehe ich zu. Daß aber das stundenlange Sitzen auf dem Gaul die Offiziere zu müde machen soll, um ihren Vergütungen nachzugehen, glaube ich nicht. Sie werden nur für höhere Gehälter abgestumpft. Dagegen disponiert die körperliche Heberanstrengung geradezu für das Spiel. Aus allen diesen Gründen bitte ich um Ablehnung der Reichsschule in Baderborn. (Sehr richtig! b. d. Soa.)

Kriegsminister v. Einem: Ich kann das Kompliment geschickter parlamentarischer Strategie, das mir der Abg. Lebehour machte, leider nicht akzeptieren. Für Baderborn sprach ein sehr einfacher Grund, nämlich der, daß wir doch schon eine Kaserne besitzen. Es ist nur zu begreiflich, wenn sich die jungen Offiziere während der paar Monate auf der Reichsschule ganz ausschließlich mit der Kunstfertigkeit beschäftigen. Wenn der Abg. Lebehour Reichsschulen in großen Garnisonen will, so kann ich ihn nur

dringend bitten, doch in einem der nächstjährigen Etats Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit.)

Graf Oriola (R.): Es ist tief bedauerlich, daß hier im deutschen Reichstag derart von dem deutschen Meer und dem deutschen Offizierkorps gesprochen wird, wie es der Abg. Lebehour getan hat. (Weib. Weis. rechts u. b. d. Natl.) So kann nur jemand sprechen, der nicht die Gelegenheit und die Ehre gehabt hat, mit deutschen Offizieren zu verkehren. (Abg. Normann ruft mit lauter Stimme: Sehr richtig!) Würde ich dem Abg. Lebehour während antworten, so würde ich zur Ordnung gerufen werden. — Trotz unserer Bedenken haben wir uns entschlossen, die Reichsschule in Baderborn zu bewilligen. (Beifall bei den Nationalen.)

Führ. v. Hertling (Z.) protestiert dagegen, daß der Abg. Lebehour dem Bischof von Baderborn mit der dortigen Reichsschule in Verbindung gebracht hat. Wenn wir die Reichsschule in Baderborn bewilligen, so spielt der Unstand, daß Baderborn eine Bischofsstadt ist, dabei keine Rolle. (Beifall im Zentr.)

Dr. Müller-Sagan (Zp.) bezeichnet die Bedenken gegen die Errichtung von Reichsschulen in kleinen Orten als nicht stichhaltig.

Lebehour (SD.): Gegenüber dem Kriegsminister möchte ich bemerken, daß ich keineswegs für Reichsschulen in größeren Orten eingetreten bin, sondern nur erklärt habe, daß, wenn man überhaupt Reichsschulen errichtet, sie besser in großen, als in kleinen Orten errichtet werden. Ueber die heutige Stellungnahme des Abg. Dr. Müller-Sagan wundere ich mich um so mehr, als er früher doch ausdrücklich die sittlichen Gefahren der kleinen Garnisonen betont hat. Die Entrüstung des Führ. v. Hertling, die sich in direkte beleidigenden Ausdrücken äußerte, war wenig angebracht. Es ist doch allgemein bekannt, wie maßgebend für das Zentrum konfessionelle Gesichtspunkte sind. Der phantastische Hurrapatriotismus des Grafen Oriola führt ihn dazu, die sittlichen Gefahren der kleinen Garnisonen zu leugnen, die von den Offizieren selbst anerkannt werden. Wir haben Offiziere sehr nahe gestanden, die von einer solchen dunkelhaften Auffassung weit entfernt waren. Die Bekämpfung der Exklusivität bedeutet einen großen Dienst, den man der Landesverteidigung leistet, denn der exklusive Geist ist es gewesen, der uns nach Jena geführt hat. (Händeklatschen auf der Zuschauertribüne.)

Vizepräsident Dr. Baasche droht mit ihrer Klärung.

Lebehour (fortfahrend): Die hervorragendsten Staatsmänner haben anerkannt, daß die Exklusivität an der Niederlage bei Jena Schuld hat. (Beifall bei den Sozialdem.)

Kriegsminister v. Einem bestreitet, daß die Exklusivität des Offizierkorps die Ursache nach Jena geführt habe, und weist auf die Studie des Freiherrn v. d. Goltz über diesen Gegenstand hin. Die hohe soziale Stellung des Offizierstandes beruht darauf, daß er seit Jahrhunderten Gut und Blut für die Verteidigung des Vaterlandes geopfert hat. (Bravo! rechts.) Keiner von uns glaubt, ein vornehmeres Wesen zu sein. Unsere Standesehre besteht in der treuen Erfüllung unserer Pflicht. (Weib. Bravo! rechts.)

v. Oldenburg (R.): Das deutsche Offizierkorps geht nicht aus dem Unteroffizierkorps hervor, wie in anderen Ländern, und gerade darauf beruht sein Glanz und seine Tüchtigkeit. Daß die Exklusivität nicht zur geistigen Verarmung führt, beweisen unsere Siege in den letzten Kriegen und die Ausbildung der türkischen und der japanischen Armee durch deutsche Offiziere. (Bravo! rechts.)

Dr. Müller-Sagan (Zp.): Darüber, daß die Exklusivität des preussischen Offizierkorps mit zu den Niederlagen von 1806 und 1807 beigetragen hat, sind die Akten längst geschlossen. Was hat das aber alles mit der Reichsschule zu tun? (Heiterkeit.) Durch die Reichsschulen wird doch die Exklusivität des Offizierkorps nicht vermehrt. Mit den allgemeinen Ausführungen des Herrn Lebehour über die Gefahren der kleinen Garnisonen bin ich ja ganz einverstanden; hier aber handelt es sich ja um eine Einrichtung einer Lehranstalt an einem kleinen Ort, der in der Nähe des Truppenübungsplatzes liegt.

Graf Oriola (R.): Wenn Herr Lebehour unter

dem Ausdruck „phantastischer Hurrapatriotismus“ unsere Dankempfindungen für die Taten der Offiziere von 70/71 meint, so nehmen wir diesen Ausdruck gern an. (Bravo! b. d. Natl.)

Damit schließt die Diskussion.
Der Antrag der Budgetkommission auf Beschränkung der Stellenzulage für Oberleutnants auf die Infanterie wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beim Titel Militärärzte beantragt Noeren (Z.) Wiederherstellung der von der Kommission gestrichenen Zulage für die patentierten Generaloberärzte.

Rimpau (R.) wendet sich dagegen, daß die Militärärzte den Zivilärzten unläutere Konkurrenz machen.

Generalmajor Sixt von Arnim erklärt hierauf, daß dies auch die Auffassung der Militärbehörde sei.

Rebel (SD.) verweist auf den offenen Brief des praktischen Arztes Dr. Hartwig an den Kriegsminister, worin verlangt wird, daß jeder eingestellte Militär einen Schein vom Heimatärzte über seinen Gesundheitszustand mitbringe und auch beim Abgange vom Militär genau untersucht werde. Dr. Hartwig wurde zu diesem Briefe dadurch veranlaßt, daß ihm in einem Falle von der Militärbehörde mitgeteilt worden war, daß sein Zivilarzt kein Recht hätte, in militärischen Angelegenheiten irgend ein Zeugnis auszustellen. Er macht darauf aufmerksam, daß mehrfach junge Leute zum Militär ausgehoben wurden, die nach seiner festen Ueberzeugung völlig unbrauchbar zum Militärdienst waren. — Hedner trägt eine Anzahl solcher Fälle vor. Ein Arzt schreibt in einem Briefe: „Jeder Gaul wird sorgfältig befehligt; Menschenfleisch ist billiger.“ Dazu kommt, daß es Leute, die beim Militär erkrankten und als dienstuntauglich entlassen werden, meist sehr schwer gemacht wird, in den Besitz der ihnen zustehenden Pension zu gelangen. Sie werden durch Drohungen und wochenlange Zurückbehaltung in Lazaretten zur Unterschrift eines Revolvers genötigt werden, worin sie auf alle Ansprüche an die Militärverwaltung verzichten. Dagegen ist es einem Offizier kinderleicht, seine Pension voll zu erhalten, wenn er nur ein Zeugnis bringt, daß er nicht erwerbsfähig sei. Dem einfachen Soldaten aber werden die größten Schwierigkeiten in dieser Hinsicht gemacht. So wurde einem freiwillig nach China gegangenen Soldaten, der sich dort eine Kniegelenkkrankheit zugezogen hatte, jede Pension ausgedungen, während er doch nicht in der Lage war, seinen Beruf auszuüben. In dieser ganzen Art der Behandlung kranker Soldaten muß unbedingt Remedur geschaffen werden. (Bravo! bei den Soa.)

Damit schließt die Diskussion.
Der Antrag Noeren wird angenommen.

Beim Titel Beamte und Unterzahlmeister wünscht Werner (Antif.) Besserstellung der Büchsenmacher.

Generalmajor Sixt v. Arnim erklärt, daß wenigstens schon die Oberbüchsenmacher besser gestellt seien.

Graf Oriola (R.) tritt für Aufbesserung der Militärkapellmeister ein.

Bruh (Antif.) wendet sich gegen das Konzertieren von Militärkapellen in Warenhäusern.

Der Titel wird bewilligt.
Beim Kapitel Naturalverpfllegung tabell Frölich (Antif.) die Konkurrenz, die die Militärverwaltung durch Fabrikation von Selterswasser und Konserven der Privatindustrie machen.

Der Titel wird bewilligt.
Beim Titel Mieten für Kasernen und Zubehör wird nach unwesentlicher Debatte der Kommissionsantrag auf Streichung der Forderung einer Kaserne in Sprottau angenommen.

Beim Titel Uebungsplätze wünscht v. Böhlerdorf Kolpin (R.) eine Erhöhung der Forderung für das nächste Jahr, insbesondere in Bezug auf die Garnison in kleinen Orten der Mark Brandenburg.

Der Titel wird bewilligt.
Beim Titel Servis wird ein Antrag Führ. v. Hertling (Z.) angenommen, nach welchem die Serviszulage spätestens mit dem 31. März 1912 fortzufallen soll.

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Diebnecht.

54. Fortsetzung.

„Ob wir's verstehen!“ sagte Karoline. „Ich für meinen Teil ziehe an einem Sommerabend das Moor von Mowbray allen Tempeln der Welt vor, besonders, wenn gemüthliche Leute dabei sind und hübsch gesungen wird.“

Au diesem Abend wurde von den hauptsächlichsten Vertretern des Arbeitersache, zu denen nun auch Devilsbush zählte, festgesetzt, daß am nächsten Tage eine Massenversammlung auf dem Moore stattfinden sollte, um über die Verhaftung der Abgeordneten von Mowbray zu beraten. So vollständig war die Organisation dieses Distriktes, daß bei einer wichtigen Veranstaltung und an einem geeigneten Tage durch Mitteilung an die verschiedenen Bogen der Trade Unions fünfzigtausend Menschen, ja selbst die doppelte Anzahl innerhalb vierundzwanzig Stunden ins Feld gebracht werden konnten. Daß der folgende Tag ein Ruhetag, war sehr günstig, und die Verhaftung des beliebtesten Abgeordneten die denkbar wirksamste Veranlassung. Die Aufregung war groß, die Begeisterung erst und tief. Es gab Not genug, um die Leute anzustreben zu machen, ohne sie niederzubücken. Und nachdem Devilsbush einer Beratung der Trades Unions beigewohnt hatte, ging er heim und träumte von künftigen Reden und geschickten Beschlüssen, von Fahnen und Bannern, von den Beifallrufen der zu Tausenden Versammelten und von dem endgiltigen Triumph der heiligen Sache.

Die Post des nächsten Morgens brachte große und aufregende Nachrichten. Gerard hatte sein Verhör in Bow-Street bestanden. Es war lang und sehr eingehend. Er wurde des versuchten Aufbruchs und der Beschädigung angeklagt; gegen Bürgschaft sollte er aber freigegeben werden.

Die verlangte Bürgschaft war hoch, doch sie war zur Hand und wurde sofort gestellt. Seine Bürgen waren Morley und Hatton. Mit derselben Post schrieb auch Morley an seine Freunde, daß sie beide, er und Gerard selbst, London sofort zu verlassen beabsichtigten und daß sie mit dem Abendzuge in Mowbray eintreffen würden. Sofort wurde be- schlossen, die Massenversammlung auf dem Moore in einen Triumphzug umzuwandeln, oder vielmehr, sie sollte einem solchen vorausgehen. Nach allen Nachforschungen wurden Daten gesammelt, um das große Ereignis zu verkünden. Jeder Arbeiter hatte das Gefühl eines Muskelmanns, der unter die Fahne des Propheten gerufen ist. Alles zog aus mit Weib und Kind, um der Rückkehr des Patrioten und Märtyrers zuzujubeln. Die Gewerkschaften von Mowbray ordneten sich früh am Morgen und nahmen in verschiedenen Aufzügen Besitz von allen Kirchen. Ihr Stolz war, die große Kirche des Herrn St. Lys ganz zu füllen, der, durch die Kundgebung nicht erreicht, seine vorbereitete Rede für sich bebielt und einen unvorhergesehenen Vortrag über das Thema: Fürcht Gott und ehre den König hielt. In den Distriktenkapellen fanden öffentliche Dankagungen statt, daß die Bürgschaft für Walter Gerard angenommen worden war.

Nach dem Abendgottesdienst, dem die Unions (Gewerkschaften) wieder beiwohnten, stellten sich dieselben in der Hauptstraße auf und ordneten sich mit ihren Fahnen Alle halbe Stunde kamen aus den benachbarten Städten neuezüge an mit Musik und wehenden Fahnen. Jeder ankommende Zug wurde von Warner oder sonst einem Mitgliede des Komitees empfangen und bekam den richtigen Platz angewiesen. Alles ging mit wunderbarer Pünktlichkeit. Die Ordnung wurde nicht einen Augenblick gefährdet. Mitunter kamen auch Scharen ohne Musik und Banner, sie sangen Palmen und Prebiger gingen voran. Dann kamen wieder langezüge von Kindern; die Frauen und Mädchen folgten hierauf und hinterher rückten die Männer heran, alle mit Bändern von gleicher Farbe an den Hüften, alle jedoch

in großer Eile, jeder aus eigenem Antriebe und mit seinem Ziel ein lebendiger Beweis, daß Menschen, die unter dem Einfluß großer und erster Gefühle stehen, sich von selbst in gewissen feierlichen Formen fügen, weil die erregte Einbildungskraft sich an die Einbildungskraft wendet und ihren Ausdruck in etwas sucht, das über die tägliche Gewohnheit erhaben ist.

Es wurde angeordnet, sobald Gerard ankam, solle die Gewerkschaft welches zunächst der Station aufgestellt war, die Arbeiterhymne anstimmen und diese dann der Reihe nach von den übrigen Gewerkschaften aufgenommen werden, so daß die ganze Bevölkerung mit elektrischer Schnelligkeit fast gleichzeitig seine Ankunft erfahre.

Um halb sieben Uhr zeigte die Glocke an, daß der Eisenbahnzug in Sicht sei; wenige Minuten nachher eilte „Stuter“ Wald zu dem Führer der nächsten Gewerkschaft, sprach einige Worte, und sofort wurde das Zeichen gegeben und die Hymne begann. Sie wurde weitergetragen — wie die Kirchenglocken einer großen Stadt in der Stille der Nacht nach einander die neue Stunde verkünden; eine nach der anderen erhoben sich die wichtigsten Bogen der Menschenstimmen, bis sie sich alle zu einem großen, bewegten Meer von Tönen vereinigt hatten. Warner und einige Andere bewillkommneten Gerard und Morley und führten sie, die auf einem solchen Empfang gar nicht vorbereitet waren, nach einem offenen, mit vier milchweißen Pferden bespannten Wagen. Es war Befehl gegeben, alles Hochrufen und alles lärmende Geschrei zu vermeiden. Die Hymne allein sollte erklingen. Jede Gewerkschaft, an welcher der Wagen vorbeifuhr, ordnete sich und folgte ihm nach. So hatten alle Gelegenheit, ihren erwählten Führer zu sehen und er konnte mit stolzer Genugthuung auf die Menge blicken, die so begehrendvoll die Oberherrlichkeit seiner Dienste anerkannte.

Die zahllose Menschenmenge, die imposante Moblie, die wunderbare Ordnung, die einfache, aber würdige Feierlichkeit, diese Vertretung der großen Sache, der sie sich ge-

Beim Kapitel Pferdebeschaffung regen die Abgeordneten (S. 20) und Prinz Schönau (S. 21) eine größere Liberalität der Militärverwaltung gegenüber Reuten an, die durch Militärpferde irgend welchen Schaden erlitten haben.

Das Kapitel wird bewilligt.
Beim Kapitel Militärereziehungswesen tritt die Kommission (S. 22) für eine Reform des Kapitulantenunterrichts, für eine Besserstellung des Lehrers an den Unteroffizierschulen und die Verleihung des Charakters als Reichsbeamte an sie ein.

Generalmajor Sixt v. Arnim erklärt, daß die Lehrer an den Unteroffizierschulen jetzt bereits Reichsbeamte sind.

Das Kapitel wird bewilligt.
Bei den mit der Beratung verbundenen Kapiteln Artillerie und Waffenwesen sowie technische Institute rät

Dove (S. 23) Gärten beim Submissionswesen. Generalmajor Sixt v. Arnim stellt eine Neuregelung des Submissionswesens in Aussicht. (Beifall.)

Pauli-Potsdam (S. 24) bespricht die Arbeitsverhältnisse in den Militärwerkstätten in Spandau. Im allgemeinen haben sie sich verbessert, aber es sind noch Wünsche genug unter den Arbeitern und Beamten vorhanden. Die Maschinen- und Bautechniker werden schlechter bezahlt als in Privatbetrieben. Hoffentlich werden sie wenigstens im nächsten Jahre eine Gehaltsaufbesserung erfahren. Die wichtigsten Leute der alten Jahrgänge sollten in die erste Lohnklasse verlegt werden. Auch die Verwaltungsschreiber müssen aufgehoben werden. Besonders schlecht sind die Verhältnisse der Kanalischreiber. Ich komme nun zu — (Abg. Noeren: Zum Schluß! Weiterleit.) Ich komme nun zu — (S. 25: Schluß! Schluß!) Ich komme nun zu den Arbeitern. Ihre Verhältnisse hat die neue Lohnordnung verbessert, aber es bleibt noch viel zu wünschen übrig. Drei Tage ist überhaupt kein Urlaub. In der Zeit der höchsten Tätigkeit hat man die Witten um Feuerungsanlagen abschlägig beschieden. Da scheint mir eine ganz falsche Auffassung zu Grunde zu liegen. Die harten Geldstrafen sind bei den geringen Löhnen besonders drückend. Die Kantinen werden nur eine kurze Zeit lang geöffnet, und diese Zeit genügt nicht, wenn die Arbeiter ihre natürlichen Bedürfnisse befriedigen wollen. Daß von den Kantinengeldern Bilder angeschafft werden, scheint mir keine richtige Verwendung zu sein. Wir ist gemeldet worden, daß Offiziere für die Kantinenverwaltung Prozente erhalten. Wenn das wahr ist, so ist das ganz ungeheuerlich. Die fünfte Lohnklasse ist ja wohl abgeschafft; aber in der vierten Lohnklasse kommen Löhne vor, die unter dem bleiben, was früher die fünfte Lohnklasse war. Dabei ist in Spandau auch nicht die beschriebene Wohnung unter 300 Mk. jährlich zu bekommen. Ich bitte die Generalkommission, alle Wünsche zu erfüllen. Ich bin aber nicht optimistisch genug, um zu glauben, daß alle diese Wünsche jetzt erfüllt werden.

Generalmajor Sixt v. Arnim: Wir sorgen schon von selbst für die Unterbeamten. In der Kommission ist schon von allen diesen Dingen die Rede gewesen, das scheint aber nicht zur Kenntnis des Abg. Pauli gekommen zu sein. Die Erhebungen, die wir veranstaltet haben, ergeben, daß die Löhne in der Privatindustrie nicht höher sind als die in den Militärwerkstätten. Ich halte es für absolut unmöglich, daß die Kantinenüberschüsse für Offiziere und Unteroffiziere verwendet werden. Die Feuerungsanlage ist nicht aus Mangel an Wohlwollen abgeschlagen worden, sondern weil wir Gegner solcher einmaligen Zahlungen sind. Mit Gewährung des Sommerurlaubs kann nur sehr vorsichtig vorgegangen werden.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage dem Hause vor, sich zu vertagen. Es liegt außerdem ein Antrag des Abg. Singer vor, diese Position an die Kommission zurückzugeben. Eine Begründung ist mir nicht mitgeteilt worden, aber mir auch nicht begründlich.

Singer (S. 26): Hätte der Präsident mir das Wort erteilt, so würde ich eine Begründung gegeben haben. Nachdem aber der Präsident selbst Vertagung vorgeschlagen hat, sind Antrag und Begründung überflüssig geworden. Ich ziehe daher meinen Antrag zurück.

Präsident Graf Ballestrem: Also sollte der Antrag nur eine Prestige sein! (S. 27: Soziald.: Prestige gegen Prestige.)

Singer (S. 28): Ich habe nicht die Absicht, auf das Haus eine Prestige auszuüben. Ich hielt es aber für nötig, durch diesen Geschäftsordnungsantrag die Vertagung zu erzwingen, da es mir nicht gelungen war, für einen Vertagungsantrag die nötige Unterstützung zu finden, nachdem wir schon seit 7 1/2 Stunden getagt haben.

Präsident Graf Ballestrem: Ich weiß selbst, daß es Momente gibt, wo es nicht mehr weiter geht. Als aber die Anträge auf Vertagung kamen, hatte der letzte Redner aus dem Hause noch nicht so lange gesprochen, wie er es für nötig hielt. (Weiterleit.) Bloß deshalb, weil ein Redner vielleicht noch eine sehr lange Rede halten will, in eine

weist hatte, unter Bedingungen, welche die Verurteilung befehligen, die Einbildungskraft gefangen nehmen und das Herz erheben, — ihre Bewunderung für ihren Vater, die so durch die Sympathie des Volkes gewissermaßen bestätigt ward — und daß die letzten Ereignisse ihres Lebens — das Alles vereinigt überwältigte Sybil. Sie konnte die Tränen nicht zurückhalten, als der Wagen ihren Vater hinwegtrug, während sie zurückließ unter dem Schutze eines in Rowbray Unbekannten, der sie aber von London aus begleitet hatte, — es war Gattin.

Im Schein der Abendsonne erreichte Gerard das Moor. Der Draiden Altar und die ihn umgebenden Felsen waren von dem Licht des schiedenden Tagesgestirns überglänzt.

Behantes Kapitel.

Es war die Nacht nach dem Tage, an welchem Gerard angekommen war. Morley hatte sein Häuschen im Tale Gerard und Sybil überlassen; er selbst war auf dem Reaktions-Bureau seiner Zeitung, der „Rowbray Herald“, wo er jetzt wohnte. Er war allein in seinem Zimmer und schrieb; dann und wann stand er auf und ging nachdenklich durch das Zimmer, da klopfte jemand an die Tür und Gattin trat ein.

„Ich fürchte, daß ich Sie in einem Artikel störe“, so begann der Gast.

„Nein, nein, der Arbeitstag hat noch nicht angefangen. Es freut mich sehr, Sie zu sehen.“

„Mein Quartier ist nicht sonderlich einladend, es ist wirklich verwerflich, wie wenig Bequemlichkeit man in diesen großen Häusern findet. Ich glaube, daß die Gesellschaftsklassen den Komfort, um nicht zu sagen den Luxus lieben; aber ich finde alles sehr mittelmäßig, vom dritten

Verlagung zu willigen, kann ich nicht mit meiner Pflicht vereinbaren. (Bravo! rechts und im Zentr.) Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Soziales und Parteilieben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Lithographen und Steindruckere in Hannover haben Lohnforderungen gestellt. Die Arbeitgeber lehnten ein Einvernehmen auf diese Forderungen ab. Darauf beschloßen die Arbeitnehmer die allgemeine Streikung. — In Hannover finden wir weiter ausgebreitet. Nun haben auch die Vereinigten Schmirgelwerke von Dopperheim u. Co. in Hainholz den schließlichen Weg der Ausperrung betreten. Am Freitag wurden die Metallarbeiter und Modellstecher ausgeperrt, circa 250 Mann. Andere Betriebe sollen noch folgen. — Der Streik der Stellmacher in Hannover wurde durch Vergleich beendet. — Der Streik auf dem Kallbergwerk „Justus“ bei Wolpertshausen ist beendet. Die Bergwerksverwaltung nahm die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder auf. — Die Lohnbewegung der Knäbrücker Textilarbeiter ist durch Vergleich beendet. — Der Streik der Sattler und Näherinnen in den Kasseler Segeltuchwebereien wurde, weil ausfischlos, abgebrochen. — Die Rheinwälder Textilarbeiter beauftragten in einer Besammlung ihre Geschäftsleitung, Schritte zur baldigen Einstellung der Beschäftigten zu unternehmen. — In 9 Betrieben Dresdens und Umgegend streikten 1200 Former, weil ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. — Die Former in Offenbach a. M. stehen in der Lohnbewegung. — In Danzig streikten die Steinseher, sowie circa 800 Schneider. — Am 2. April sind in Posen auf sämtlichen Bauteilen die Arbeiter von den Arbeitgebern ausgeperrt worden, da sie die Bedingungen der Arbeitgeber ablehnten. — Am Streik der Braunholzer Arbeiter in Mitteldeutschland sind circa 4200 Arbeiter beteiligt. — Die Maler Königsberg beantragten die Ausperrung mit einem allgemeinen Abwehrstreik. — Die Tischler und Drechsler Breslaus streikten. — Die Differenzen in der Mülhauser Textilindustrie sind zugunsten der Ausgeperrten beigelegt. — Im Bürgerlichen Brauhaus zu Pilsen sind sämtliche Arbeiter ausständig. Grund: Wahrung der Verbandsmittelglieder.

Aus Haag und Bern.

Eine blutige Familienszene ereignete sich, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, in Westheim (Rheinl.) im Hause des Landwirts Reichert. Dieser schloß im Streit um eine Erbschaft seinem Vater in Brust und Kopf, seinen Schwager in Brust und Hals und feuerte mehrere Schüsse auf seine Schwester ab, die alle fehl gingen. Darauf verbarrikadierte Reichert sich in seinem Zimmer und verteidigte sich dort gegen die Genarmen, die ihn festnehmen wollten; erst nach längerer Gegenwehr konnte er gefesselt werden. Sein Vater und auch sein Schwager wurden schwer verletzt.

„Riel. Auf dem Linienhaff „Schwaben“ wurde bei der Befehlung der Obermarinse Dadel von einer Seilwinde erfaßt und getötet.

Frankenrechtliche Nachrichten

vom 25. bis 31. März 1906.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
17. März. Schumann A. J. F. Schön. 18. Straßensführer E. J. W. Roof. 19. Schneider A. E. F. Meier. 20. Müller F. A. B. Hof. 21. Schreiber M. C. F. Kuhlmann. 22. Arbeiter F. J. H. Burmeister. 23. Metzger J. H. J. Schöning. 24. Arbeiter J. H. F. Müller (Kleinbrau). 25. Arbeiter G. W. F. Hufenbant. 26. Arbeiter H. J. Treg. 27. Arbeiter E. G. L. A. p. 28. Schneidermeister B. D. Joch. 29. Arbeiter F. J. H. Eder. 30. Eisendreher J. F. H. Grieben. 31. Gärtner J. D. H. Spethmann. 32. Klempner C. H. J. Jupp. 33. Arbeiter J. H. W. Sterken. 34. Maler E. H. Hoffmann. 35. Baunternehmer J. H. W. Bornholdt. 36. Arbeiter F. A. C. Kaufe (Wormer). 37. Arbeiter C. F. C. B. Heins.

Haag Der Wein ist abnehmend. Und so dachte ich, mir die Lagenweine ein bisschen bei Ihnen zu vertreiben. Das ist kaum schon von mir.

„Sie hätten mir keinen größeren Gefallen tun können. Ich warf mir zur Befriedigung als aus Notwendigkeit einige Gedanken auf Papier. Die Symme von gestern löst mich noch in den Daren.“

„Was ist das Schauspiel?“

„Ja; Sie sehen welches Schauspiel eine Menge darbietet, welche die Oberherrschafft der moralischen Gewalt anerkannt“, erwiderte Morley. „Das Schauspiel war großartig und die Resultate, zu denen eine solche Umgebung des Volkswillers führen muß, werden noch viel großartiger sein.“

„Es muß für unseren Freund eine hohe Genugtuung gewesen sein“, bemerkte Gattin.

„Es wird ihn in seiner Laufbahn unterstützen“, sagte Morley.

„Und in seiner Gefangenschaft trösten“, fügte Gattin hinzu.

„Sie glauben, daß es soweit kommt? fragte Morley.“

„Es ist so aus; aber das Aussehen der Dinge ändert sich.“

„Was sollte denn die Lage ändern?“

„Zeit und Zufälle, die Alles ändern.“

„Die Zeit wird die Yorker Affäre bringen“, sagte Morley, „und was die Resultate anbelangt so gestehe ich, die Zukunft scheint mir für Gerard trübe. Was kann sich zu seinen Gunsten ereignen?“

„Er möchte seinen Erbschaftsprozess gewinnen“, antwortete Gattin phlegmatisch, indem er die Beine ausstreckte und sich in den Stuhl zurücklehnte. „Dieser Prozeß kann auch vor den Yorker Affäre geführt werden.“

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

17. März. Werkmeister L. Reibelberger. 18. Arbeiter E. J. W. Schuldt. 19. Arbeiter F. G. E. Hamann. 20. Kaufmann L. A. C. Rinde. 21. Kanalarbeiter am Staatsarchiv A. F. Kemper. 22. Arbeiter E. C. J. Matthiesen. Kaufmann J. H. F. C. W. Wilken. 23. Schmiedehändler C. F. W. Billmann. 24. Arbeiter W. H. A. Langen. 25. Arbeiter H. G. Kellow. Schumann F. J. H. M. M. 26. Schneider C. W. A. Trettau. 27. Arbeiter J. B. W. Harten. Kaufmann A. C. E. Senge. Bauarbeiter J. C. A. Mühlhans. Zimmermeister A. L. E. Rod. 28. Arbeiter E. J. F. G. Burmeister. Tischler J. D. H. Schliebis. 29. Arbeiter J. L. C. Weber. 30. Arbeiter W. J. F. Dreger. 31. Bürger-Schaffhote J. H. A. Kaster. 32. Klempner C. H. F. Müller. Malermeister C. W. J. Kornow. Lokomotivführer J. Kühl (Zwillinge). 33. Arbeiter H. A. Beder. Feuerwerkermann A. J. H. Glasen.

Sterbefälle.

21. März. C. W. E. geb.heimer, Ehefrau des Modellstechers F. J. Hubel, 55 J. M. D. geb. Drens, Ehefrau des Lehrers J. H. A. Voss, 38 J. (Oldesloe). Regierungsmeister C. M. W. Plate, 51 J. (Curau). Ein Knabe, 6 Stdn., B.: Arbeiter F. J. H. Coter. W. D. C. geb. Wegner, Ehefrau des Privatmannes J. J. Balthasar, gen. A. Beldhoff, 65 J. 26. Privatmann L. F. C. Erd, 88 J. Privatmann J. J. Balthasar, genannt A. Beldhoff, 70 J. 27. F. Eggers, 77 J. Früherer Schuhmachermeister G. D. W. Gachmann, 80 J. E. C. geb. Völge, Ehefrau des Arbeiters F. C. Hoff, 64 J. L. S. Siegel, 11 M. 28. Arbeiter J. J. H. L. Fuchriep, 63 J. 29. C. F. H. Diercks, 1 J. A. M. geb. Christensen, Witwe des Schlossergesellen M. Lorenzen, 58 J. Schuhmacher C. F. H. Hubert, 33 J. 30. Arbeiter J. C. A. Hanemann, 48 J. 31. A. M. C. Sieglar, 62 J. W. C. Ehr. geb. Voss, Ehefrau des Rentners Th. J. C. Segebrecht, 67 J. D. M. Ehr. geb. Wadding, Witwe des Trägers J. F. H. Drens, 52 J. E. C. Ehr. Nöge, 37 J. F. C. Lippe, 19 J.

Angesehene Angehörige.

26. März. Maschinist der 1. Abteilung der 1. Werk-Division W. H. F. Lorenz in Wilhelmshaven und L. Haude. Straßensführer J. C. W. Kraus und A. C. H. Westphal. Landmann D. C. E. Schilling in Mädnitz und A. D. W. Helms. Kaufmann Dahlhoff C. M. Grube und F. W. H. G. Petri. 27. Arbeiter J. J. A. Prall und J. D. M. Rohlf in Obermühlde. Kaufmann C. A. Brinkmann und L. M. C. S. Glade. Schuhmacher H. A. J. Dunkelmann und die geschiedene M. Schmidt geb. Kuetz. Arbeiter W. F. H. Meier und J. C. M. Gatermann. Maler H. F. W. Haag und S. C. J. Großkopf, beide in Wismar. Arbeiter A. F. T. Puls in Hamburg und C. A. Busch in Rönning. 28. Maurergeselle H. J. J. Düwe und H. D. M. Kelling in Neu-Vorwerk. Musiker M. G. W. Rimbach und A. J. D. Roof. Arbeiter J. W. G. Seewe und B. M. C. Grad. Rutscher H. J. H. Hubert und M. G. C. Damm. Schuhmacher D. H. L. Kötger und B. C. M. Grube. Arbeiter H. J. W. L. Zellmann und die geschiedene C. D. C. J. H. Martens geb. Eggers. 29. Friseur G. H. A. Eschacher in Hamburg und L. D. B. Schöfeldt gen. Grieben. Musiker H. C. A. J. H. C. Lindloff und E. W. D. Kredite. Musikdirektor C. W. F. Thater und H. L. M. Heyden, beide in Ahrensbüttel. 30. Arbeiter W. L. H. Pagels und M. Stibba. Lehrer W. A. C. F. Trilch und C. M. M. Derlin. Marose J. L. W. C. J. Carlstädt und M. E. Noehl. Kaufmann G. J. M. Klauenburg und H. Koblitz in Posen. Steinmetzgeselle H. A. A. Wolbun und M. M. C. Schulz in Bergen. 31. Schuhmacher J. Lutzschel und L. C. Meyer. Produktenhändler M. Blumenthal und S. Levy in Hamburg.

Scheidungsangelegenheiten.

26. März. Arbeiter A. W. F. Steffen und J. A. Raufschy. 27. Buchhalter M. D. A. Reichel und C. G. C. Feindt. 28. Lagermeister A. F. A. G. Holtz und Sophie Anna Helene Lange. Hobdilt Sergeant Carl Rudolf Untrod und Josephine Catharina Dorothea Bahrs. Kaufmann J. H. G. Dräger und R. M. C. Meyer. 30. Schneider W. F. C. Schulz in Bafedow und C. F. J. Misch. Geschäftsführer H. A. J. Dühring in Hamburg und Ch. C. D. M. Müller. 31. Feilenhauer A. F. Bunge und C. C. Rüh. Oberlehrer Dr. phil. G. F. H. Kähler in Hildesheim und Ch. M. W. Hertel. Maler F. L. C. Swollinsky und B. M. C. Giese. Bierfuhrmann M. J. W. Bullbrand in Hamburg und B. A. Bries. Arbeiter F. C. J. Jost und C. C. M. Bocholt. Wote H. F. J. Wulff und A. M. M. Wilert.

Sternschau-Biehmarkt.

Hamburg, 3. April 1906.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 3000 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verlandschweine: schwere 70—71 Mk., leichte 71—72 Mk., Sauen 63—68 Mk. und Ferkel 68—70 Mk. pro 100 Pfund.

„Sich Erbschaftsprozess?“ Ich glaube, die letzte Klage- schrift sei nur eine Finte, eine hoch: Sache der Taktik, um den Anspruch nicht verjähren zu lassen.“

„Ich glaube, der Prozeß kann gewonnen werden“, sagte Gattin sehr ruhig.

„Gewonnen?“

„Ja! Das Schloß und der Sitz von Rowbray und die Hälfte aller Landgüter ringsum, von unserer guten Stadt gar nicht zu reden. Das Volk ist darauf vorbereitet, ihm untertan zu werden; er muß die Gleichheit aufgeben, und sich genügen lassen, ein guter Herr zu sein.“

„Sie scherzen, mein Freund.“

„Dann spreche ich im Scherz Wahrheit, was manchmal, wie Sie wissen, zu geschehen pflegt.“

„Was meinen Sie?“ fragte Morley aufstehend und vor Gattin hintretend. „Obgleich ich oft bemerkt habe, daß Sie manchmal etwas sagen, das auf den ersten Blick unverständlich ist, so spreche Sie doch nie ins Blaue. Sagen Sie mir, was Sie meinen?“

„Ich meine“, erwiderte Gattin, Morley fest in's Gesicht blickend und mit großer Ruhe sprechend, „daß die Urkunden existieren, welche den Anspruch Walter Gerard's auf das Eigentum dieses großen Distrikts beweisen; daß ich weiß, wo die Urkunden zu finden sind; und daß es nur eines auf der Höhe der Gelegenheit stehenden Entschlusses bedarf, um sich ihrer zu bedienen.“

„Sollte der fehlen?“ fragte Morley.

„Ich sollte meinen: nein. Es würde unsere Natur lägen krasen, wenn es anders wäre.“

„Und wo sind die Urkunden?“

„In dem Urkundenzimmer des Schlosses Rowbray.“

„Hah! rief Morley in langgezogenem Tone aus.“

(Fortsetzung folgt.)

Zur Aufklärung!

Die Wahrheit über den Konflikt in meiner Thüringer Wurstfabrik.

In den von mir nicht verschuldeten sondern mir aufgedrungenen Zwistigkeiten mit einigen von meinen Gesellen ergriffen **anonyme Sachverwalter** meiner Gesellen das Wort. In einem an die Bevölkerung von Lübeck und Umgegend gerichteten Flugblatt wird unter

völliger Entstellung der Wahrheit zu einem allgemeinen Boykott meines Geschäftes aufgehetzt.

Gegenüber allen, in diesem Flugblatt enthaltenen grundlosen Verdächtigungen und Verunglimpfungen erkläre ich:

Es ist nicht wahr,

daß ich Gesellen **gemäßregelt** habe, weil sie dem Verband angehören, und **es ist nicht wahr**, daß ich das **Koalitionsrecht** der Arbeiter unterdrückt habe. Ich habe lediglich **und das war mein gutes Recht**, als meine Gesellen untereinander in Uneinigkeit geraten waren, die Friedensstörer, welche ihre Mitgesellen im blinden Fanatismus sogar mit

Totschlag bedrohten,

aus meinem Betriebe entferni, um Ruhe und Frieden im eigenen Hause zu haben.

Wer will mir das verwehren?

Um die politischen Anschauungen meiner Gesellen habe ich mich nie gekümmert,

das zeigt schon die Tatsache, daß von 28 Gesellen circa 20, also die überwiegende Mehrheit im Verbandsorganisiert waren. Trotzdem ging es, wie selbst meine Gegner nicht bestreiten können, in meiner Fabrik sehr friedlich zu. Erst in letzter Zeit gerieten meine Gesellen wegen politischer Fragen in Streitereien, die sogar zu Schlägereien führten.

Nur durch mein Dazwischentreten wurden weitere Exzesse verhindert. Nur im Interesse des Friedens hob ich daher **im gütlichen Einverständnis mit allen meinen Gesellen** die bisherige beiderseitige Kündigung auf. So konnte jeder Geselle, dem es bei mir nicht mehr passte, sofort von der Arbeit gehen, während ich im Interesse meiner Gesellen und zwecks friedlichen Einvernehmens etwaige Friedensstörer sofort entlassen konnte.

Hiernach erhellt ohne Weiteres, daß diese beiderseitige übliche Vereinbarung **mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter nichts zu tun** hatte. Die Behauptung des Flugblatts, ich hätte damit die

Abtödtung meiner organisierten Gesellen

vorbereiten wollen, ist also **wider besseres Wissen** einfach aus der Luft gegriffen und absolut unwahr.

Trotzdem ich nun bei der vorgedachten Unterredung meinen Gesellen erneut und ausdrücklich erklärt hatte, ihre politische Gesinnung sei mir völlig gleichgültig, ich verlange nur, daß meine Gesellen ihre Streitereien im Betrieb einstellen möchten und friedlich nebeneinander arbeiten, trotzdem kam es zu erneuten, ernstlichen Zwistigkeiten. Einige Verbändler bedrohten die nicht organisierten Gesellen mit Totschlag, ja einer derselben gebärdete sich wie ein Rasender. **Es war eine ungläublich rohe Szene. Ich entließ darauf die beiden Haupt-Rädelsführer.** Völlig der Wahrheit zuwider ist auch die Behauptung des Flugblatts, einer meiner nicht organisierten Gesellen habe anlässlich einer Hochzeitsnachfeier Streit mit den Verbändlern angefangen. Im Gegenteil, der **völlig ahnungslos** in die Gaststube getretene Geselle wurde von den übrigen **angegriffen und verprügelt**, so daß er **mit schweren Verletzungen** nach Hause kam. Daß ein einzelner nicht mit achtzehn bei einander sitzenden Gesellen Streit anfängt, ist **für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlich**, nur für den anonymen Schreiber des Flugblatts nicht.

Auf Grund dieser Prügelei wurden am andern Tage drei von meinen dabei beteiligten Gesellen verhaftet. Aus welchen Gründen die Freisprechung der drei Gesellen erfolgte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Auf Grund des Freispruchs verlangte die Kartellkommission, ich solle den Gesellen Reinhardt als den an dem Vorfall Schuldigen, sofort entlassen, lediglich des Friedens halber, erklärte ich mich — **jedoch ohne Ehrenwort und ohne Handschlag** — bereit, Reinhardt binnen vier Wochen zu entlassen, wenn ich bis dahin geeigneten Ersatz gefunden hätte. Inzwischen ist gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Verurteilung eingelegt, ich habe mich daher entschlossen, den Gesellen Reinhardt **bis zur Erledigung dieser Streitsache zu behalten.**

Sollte wieder Freispruch erfolgen, werde ich mein gegebenes Wort betreffs Reinhardt sofort einlösen.

Nur blinder Terrorismus kann mir daraus einen Vorwurf machen.

Daß ich die drei angeklagt gewesenen Gesellen trotz des Freispruchs nicht wieder annahm, hatte seinen Grund darin, daß deren Stellen inzwischen anderweitig besetzt waren und daß ich im Interesse des Friedens unter meinen Gesellen alle friedensstörenden Elemente aus meinem Betriebe fernhalten wollte. **Absolut unrichtig ist es danach, daß ich die Freigesprochenen auf die Straße geworfen hätte und noch dazu aus dem Grunde, weil sie dem Verbandsangehören.**

Am vorletzten Sonntag entließ ich drei Gesellen und zwar zwei Verbändler und ein Mitglied der Bruderschaft. Diese Entlassung hatte **rein geschäftliche Gründe** und hatte mit der Koalitionsfrage und der politischen Gesinnung der Entlassenen gar nichts zu tun.

Es war also damit von mir kein Schlag gegeben oder beabsichtigt. Ich konnte also damit auch nicht die ganze organisierte Arbeiterschaft treffen.

Wenn trotzdem die übrigen vier Gesellen sich veranlaßt sahen, ihre Arbeit bei mir niederzulegen, so war es ihre eigene Sache. Ganz unverantwortlich aber ist es, wenn die Kartellkommission, **welche mir ausdrücklich erklärt hat, daß sie gegen meine Person oder meine Handhabung des Geschäftsbetriebes nichts einzuwenden hat**, jetzt mit einem derartigen Boykott gegen mich vorgeht.

Ich erkläre nochmals:

1. Ich habe mich niemals um die politischen Anschauungen meiner Gesellen gekümmert, habe auch niemals versucht, auf deren politische Anschauungen irgendwie einzuwirken.
2. Die Ursache der über mein Geschäft verhängten Sperre ist lediglich ein Streit unter meinen Gesellen.
3. Mit diesem Streit habe ich absolut nichts zu tun.
4. Gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter habe ich nicht gekämpft und kämpfe ich auch jetzt nicht.

An alle ruhig und vorurteilslos denkenden Mitbürger, die einzusehen vermögen, daß ich zu diesem wirtschaftlichen Kampfe keine Veranlassung gegeben habe, wende ich mich mit der Bitte, mir das bis dahin geschenkte Vertrauen auch fernerhin zu bewahren.

Daß mit größerem Unrecht noch nie ein Boykott vom Zaune gebrochen worden ist, und da ich das gute Recht auf meiner Seite weiß, kann ich der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen sehen.

Daß durch diesen Konflikt **mein Betrieb und meine Leistungsfähigkeit in keiner Weise beeinflusst werden**, bedarf wohl kaum einer besonderen Erwähnung.

Ich bemerke zum Schluß, daß mit dieser öffentlichen Klarstellung die ganze Angelegenheit für mich **erledigt ist.**

Die Thüringer Wurstfabrik.

August Scheere, Lübeck.